

Auer Tageblatt

Veröffentlichungen nehmen die Redaktionen
des Auer Tageblatts die Verantwortung
über. — Erscheint werktäglich.
Preis: 10 Pfennig Nr. 25.

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionsadresse: Die Auer-Tageblatt-Redaktion
Postfach Nr. 100, Auer, Erzgebirge.
Anzeigenpreise für Anzeigen von 1000 und
mehr Zeilen in Goldbuchstaben, ohne
wärtige Anzeigen in Goldbuchstaben,
Sonderdruck-Preise für Goldbuchstaben,
amtliche Zeile 20 Goldbuchstaben.

Verantwortlich: Auer-Tageblatt-Redaktion. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nr. 100, Auer, Erzgebirge.

Nr. 13

Freitag, den 16. Januar 1925

20. Jahrgang

Ist die Republik vogelfrei?

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Man hat auch der greise Papst, eben erst von einer Krankheit genesen, seine Stimme zugunsten Eberts erhoben und aus der genauesten Kenntnis des Charakters dieses Mannes wie der politischen Verhältnisse während des Krieges heraus die durchaus vaterländische Gesinnung des Reichspräsidenten bezeugt. Dieses Eintreten des bei allen Parteien hochangesehenen Demokraten für den so hart Angegriffenen wird gewiß manchen veranlassen, sein Urteil über Ebert zu revidieren; aber leider ist zu fürchten, daß es die Fanatiker auf der rechten Seite nicht belehren wird, denn diese wollen sich nicht belehren lassen. Steht doch das eine seltsame: wenn die reaktionäre Presse den Munitionsarbeiterstreik von 1918, wenn sie jetzt neuerdings die Finanzstandale Kritiker, Darmat und wie sie heißen, so geschildert hat, so ist es die reaktionäre Presse, die die Integrität unseres Beamtenkörpers wieder herzustellen will. Sie verfolgen vielmehr einen ganz anderen Zweck, nämlich die Parteien, die bisher hinter der Regierung standen, in der öffentlichen Meinung unzulänglich zu machen und ferner den Reichspräsidenten selbst in die unangenehmen Affären hineinzuziehen, um durch dieses traurige Scheitern einer Reichsregierung und weiterhin der Wahl eines konservativ gerichteten Reichspräsidenten den Boden zu ebnen. Und nicht nur das! Am letzten Ende gilt der Kampf der Rechten den gesamten bestehenden staatlichen Institutionen, vor allem der Republik selbst, die als durch und durch korrupt, als innerlich völlig zerfallen dem Volke verachtet werden soll, damit dann bei nächster Gelegenheit an ihrer Stelle wieder die — ach, mit so weicher Wüste angetanen! — Monarchie errichtet werden kann. In daselbe Kapitel gehören auch die jetzt in verstärktem Maße gegen die bisherige Regierung gerichteten harten Angriffe wegen ihrer, wie man sagt, verfehlten auswärtigen Politik; denn auch damit hofft man das Schuldkonto der Kabinetsmitglieder so gründlich zu belasten, daß sie als ernsthaftige Gegner nicht mehr in Betracht kommen.

Wie eine derartige Politik zu bewerten ist, darüber wird es wohl unter anständigen Menschen keine Meinungsverschiedenheit geben; man braucht deshalb auf den tiefen sittlichen Charakter dieser Treibereien wohl kaum besonders einzugehen. Dagegen darf wohl mit Recht gefragt werden, ob denn die Formen, unter denen diese Politik getrieben wird, überhaupt noch gebildet werden kann, und ob die in führender und namentlich in amtlicher Stellung befindlichen Männer es noch länger unntätig mit ansehen wollen, daß die Völkischen in Deutschland ihren Verleumdungs- und Umsturzfeldzug geradezu abstoßend gemein in der Presse und nicht minder in den Versammlungen führen. In der Reichshauptstadt selbst freilich hütet man sich vor zu groben persönlichen Angriffen, weil man den Zugriff des Staatsanwalts fürchtet. Hier begnügt man sich mit einer Sprache, die den Versuch macht, äußerlich das Strafgesetzbuch zu respektieren, die „Kreuz-Zeitung“ legt auseinander, daß die Demokratie ihrem innersten Wesen nach mit dem Mamonismus und allen seinen Lasten eng verbunden sei und die „Deutsche Tageszeitung“ beschimpft die Weimarer Koalitionsparteien als „Darmat-Blut“. Das sind vergleichsweise noch sanfte Töne. Aber überaus bedenklich ist es, wenn die am Orte des Staatsgerichtshofes erscheinenden „Leipziger Neuesten Nachrichten“ (Nr. 8) ungestraft schreiben dürfen, die „Männer der alten Erfüllungskoalition“ seien „auf Wunsch des französischen Ministerpräsidenten“ geschlossen, die Deutschnationalen von der Regierung im Reich fernzuhalten; sie pflegten „mit dem bloßen Ausland zu denken“. Und wenn daselbe Blatt in demselben Artikel dem Kabinetschef Martz verblümt Landesverrat vorwirft, indem es bemerkt: „Das im Reich in Ermangelung eines verfassungsmäßigen parlamentarischen Mehrheitskabinetts regierende Triumvirat Ebert-Marz-Strefemann hat es sich angelegen sein lassen, einen für die Engländer äußerst günstigen Handelsvertrag zum Abschluß zu bringen, noch bevor die Kölner Frage brennend wurde.“ Was aber hier einigermaßen hart angedeutet wird, daß spricht die völkische Depresse im Lande mit höchster Rücksichtslosigkeit aus. Die nationalsozialistische „Coburger Warte“ beispielsweise schreibt (Nr. 4): „Haben wir doch unsern Ebert, der uns verrät, haben wir unsere Marz und Strefemann, die uns verraten, was brauchen wir die Deutschnationalen? In der nächsten Nummer sodann bringt das gleiche Blatt einen Leitartikel, dessen Inhalt schon aus der Überschrift: „Landesverrat Ebert-Strefemann“ hervorgeht. In einem anderen Artikel heißt es: „Unsere Regierung treibt Landesverrat! ... Ein Reichstagsabgeordneter, der unsern Kämpfern an der Front in den Rücken fiel, ein Landesverrat wurde unser Reichspräsident! Wo ist der Staatsanwalt, der Ebert den Prozeß macht wegen seines Landesverrats? Wo bleibt der Staatsgerichtshof? Wo ist der Staatsanwalt, der den Haftbefehl gegen Ebert erläßt wegen seiner Teilnahme am Darmatwindel? ... Deutsches Volk, das ist Deine Republik. Ein Gebäude von Schwindel und Betrug, von jüdischer Schlieberlei und Landesverrat! Nun liegt freilich Coburg heute in Bayern. Aber auch in Preußen ist verschiedenes möglich. Hat da in Wien kein der jactans bekannte Berliner Universitätsprofessor

Roethe, nachdem er sich mit Abscheu von jener „Horde von Verrätern“, d. h. den Männern der Revolution von 1918, abgewandt hat, in seiner Rede überdeutlich dem Reichspräsidenten zugewandt, indem er erklärte: „Das deutsche Volk wird einmal, früher oder später, mit ihnen abrechnen, mögen sie jetzt noch so mit allen Mitteln rücksichtslosester Despotie ihre Macht aufrechtzuerhalten versuchen.“

Wir können es verstehen, daß es den Strefemann und Ebert schwer wird, sich auch nur indirekt mit diesem ekelhaften Schmutz zu befassen. Aber die Angriffe gegen sie richten sich doch nicht sowohl auf ihr privates Leben, sondern auf ihre öffentliche Tätigkeit und sie fallen auf die Republik zurück, wenn sie nicht tatkräftig abgewiesen werden. Darum dürfen die so niederträchtig Verleumdeten nicht dazu schweigen, in dem Bewußtsein, daß ihre Ehre nicht von Lumpengefindel besudelt werden kann. Es ist deshalb auch nicht zu billigen, wenn der „Vorwärts“ bei der Zurückweisung einer Lage des völkischen „Deutschen Tagesblattes“ schreibt: „Selbstverständlich wird der Reichspräsident ablehnen, sich mit einem Blatte von der Sorte des „Deutschen Tagesblattes“ unmittelbar zu befassen und ihm die Ehre einer Berichtigung antun.“ Wer so denkt, der verkennt völlig die Psyche des Volkes und schlägt eine Taktik ein, die sich unter Umständen bitter rächen kann. Hier gilt nur forche Gegenwehr. Wer in den Novembertagen von 1918 Zeuge der verächtlichen Freiheit unserer Reaktionäre gewesen ist, der weiß, daß sie nur solange Mut heucheln, als sie überzeugt sind, daß ihnen nichts geschieht, daß sie aber bei jedem Herannahen einer Gefahr ängstlich unterbuden. Ein paar energische Gegenangriffe auf diese Gesellschaft, und sie wirft sich platt zu Boden, wie es im November 1923 die unter Führung von Lubendorff stehenden Hitler-Banden in München getan haben.

Ein Schritt vorwärts in der Regierungsbildung.

Rein Vertrauensvotum, sondern eine „Billigungs-Erklärung“

Berlin, 14. Jan. In der Regierungsbildung ist man am Nachmittag insofern einen Schritt weitergekommen, als auch in der Vertrauensfrage eine Einigung erzielt wurde. Von deutschnationaler Seite war bisher gewünscht worden, daß die an der Kabinettsbildung beteiligten Parteien der neuen Regierung ausdrücklich ihr Vertrauen aussprechen sollten. Hierzu hatte das Zentrum erklären lassen, daß es nicht in der Lage sei, einem Kabinett das Vertrauen auszusprechen, dessen einzelne Persönlichkeiten politisch noch unbeschriebene Blätter seien. Es könne sich höchstens darum handeln, der von Dr. Luthers abgehenden Regierungserklärung die Billigung des Reichstages auszusprechen. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, haben sich die Deutschnationalen mit dieser Form der Vertrauensfrage einverstanden erklärt.

Berlin, 14. Jan. In der Vertrauensfrage ist es, wie verlautet, zu einer Einigung zwischen den Reichstagsfraktionen des Zentrums und der Deutschnationalen gekommen. Danach soll dem neuen Kabinett die Billigung der Regierungsparteien ausgesprochen werden.

Die Haltung der Wirtschaftspartei.

Berlin, 14. Jan. Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung nahm in ihrer heutigen Fraktionssitzung in der bevorstehenden Bildung eines Kabinetts Luthers Stellung. Es wurde beschlossen, diesem Kabinett gegenüber wohlwollende Neutralität zu bewahren und es zu unterstützen, solange die Interessen des Mittelstandes durch die neue Regierung gewahrt werden. Eine Beteiligung der Wirtschaftlichen Vereinigung an der Regierung kommt nicht in Frage.

Eine Erklärung Geylers.

Berlin, 14. Jan. In der heutigen Sitzung der demokratischen Reichstagsfraktion erschien zu Beginn der Sitzung Reichswehrminister Geyler und erklärte gegenüber Nachrichten der Presse, daß er zu der Frage der Regierungsbildung überhaupt noch nicht Stellung genommen habe. Der fraktionsvorsitzende Koch berichtete dann über die politische Lage. Die demokratische Fraktion wird voraussichtlich zur Frage der Bildung des Kabinetts seinen neuen Beschluß fassen, da ihre Stellungnahme unbenutzbar ist.

Better wird gemeldet:

Berlin, 14. Jan. (Unsch.) Die heutigen parlamentarischen Besprechungen des Reichsministers Dr. Luthers mit den fraktionsvertretern haben zu einer grundsätzlichen Klarheit über die zu bildende Regierung gemäß dem bereits bekanntgegebenen Plan Dr. Luthers — Vertrauensmänner und Reichsminister — und über die Personenfrage geführt. Angehen sind die Erwägungen innerhalb der Fraktionen über die Form und Art, in der der Regierung die Zustimmung ausgesprochen werden soll, in den verschiedenen Fraktionen noch nicht abgeschlossen. Von der Klärung dieser Frage, die am

Donnerstag mittags zu erwarten ist, hängt die Bildung der beabsichtigten Mehrheitsregierung ab. Bei dieser Sachlage hat Reichsminister Dr. Luthers dem Reichspräsidenten in später Abendstunde berichtet, seine informatorische Aufgabe sei abgeschlossen, und er sei bereit, die Bildung der Mehrheitsregierung zu übernehmen, sobald die erforderlichen Fraktionsbeschlüsse vorliegen. Den demokratischen Fraktion hat Dr. Luthers nachmals die Beteiligung an der Regierung angeboten. Der Vorsitzende Dr. Koch hat dem Minister — vorbehaltlich der Stellungnahme der Fraktion — geantwortet, die Fraktion sei trotz ernstlicher Bedenken bereit, eine abwartende Stellung einzunehmen.

Die neuen Männer.

Berlin, 15. Jan. Das neue Reichskabinett dürfte sich folgendermaßen zusammensetzen: Reichsminister: Dr. Luthers; Weisner; Dr. Strefemann (D. Sp.); Inneres: Schäfers (D. Sp.); Finanzen: Samsch (D. Sp.); Wirtschaft: Ministerialdirektor a. D. Neuhaus (D. Sp.); Arbeit: Dr. Brauns (Ztr.); Justiz und besetzte Gebiete: Oberlandesgerichtspräsident Schollem-Düsselberg (Ztr.); Weisner; Dr. Geyler; Reichspost: Stingl (Wahr. Sp.); Ernährung und Landwirtschaft: Graf Rantz. Für das Reichsministerium wird noch kein Minister genannt. Die Regierung kann unbedingt auf die Unterstützung der Deutschen Volkspartei, der Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung rechnen. Ueber die Haltung des Zentrums schreibt die „Germania“, das Zentrum stehe der neuen Regierung in vollkommener Freiheit gegenüber. Zu der Entsendung von Dr. Brauns als Vertrauensmann in das Kabinett habe es sich gar nicht entschlossen, um die Bemühungen Dr. Luthers nicht zum Scheitern zu bringen. Die neue Regierung müsse sich darüber klar sein, daß sie vom Zentrum nur nach ihren Taten beurteilt und behandelt werden wird. Die Demokraten werden einen Vertrauens- oder Billigungsantrag nicht unterstützen, da sie sich durch die Beteiligung Dr. Geylers in keiner Weise gebunden fühlen. Die „Völkische Zeitung“ spricht sogar von einer klaren Opposition der Demokraten. Zur Stellung der Sozialdemokraten bemerkt der „Vorwärts“, es frage sich nicht, ob das Kabinett Luthers bekämpft werden solle, sondern es frage sich nur, wie der Kampf am wirksamsten zu führen sei.

Reichstagsitzung vom 14. Januar.

Die heutige Sitzung des Reichstages eröffnete der Präsident Lohde mit einem Nachruf für die Opfer des Herner Eisenbahnunglücks. Mit der Bevölkerung des betroffenen Landes teilt der deutsche Reichstag in tiefer Trauer an der Waise der Getroffenen und spricht den Angehörigen der Verletzten seine herzlichste Teilnahme aus.

Der Präsident verliest dann die amtliche Mitteilung von der Enthebung des bisherigen Reichspostministers Hofle von seinem Posten. Anträge auf Einstellung von Strafverfahren gegen die Abgg. Schulz-Adnigshöben (Soz.) und Hennings (Natzos.), sowie auf Einstellung des Disziplinarverfahrens gegen den deutschnationalen Abgeordneten, werden dem Geschäftsausfluß überwiefen.

Einstimmig angenommen wird ein Antrag Dr. Schäfers (Dem.), der von allen Parteien unterstützt wird. Es handelt sich hier um den Ausschluß zur Untersuchung der Kriegssache, der zur Beendigung seiner Arbeit wieder eingesetzt werden soll.

Auf der Tagesordnung stehen dann Anträge aller Parteien über die Erwerblosenfürsorge, die den zuständigen Ausschüssen überwiefen werden.

Das Haus vertagt sich dann am Donnerstag nachmittags 4 Uhr. Zu einem Antrag Dr. Fric (Nat.-Soz.), am Donnerstag in eine politische Aussprache einzutreten, erklärte Präsident Lohde noch, daß ihm Dr. Luthers, der jetzt die meiste Aussicht habe, eine Regierung zu bilden, mitgeteilt habe, daß eine Regierungserklärung frühestens am Freitag abgegeben werden könne.

Berlin, 14. Jan. Die Auflösung der Reichsgewerbestelle dürfte in absehbarer Zeit erfolgen, da keine dringenden Gründe für ihr Weiterbestehen vorgelegt sind.

Die Verwendung von Reichsgeldern.

Anträge der Parteien.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat einen Antrag eingebracht, die Reichsregierung zu eruchen, alle Gelder der öffentlichen Hand (Post, Eisenbahnen, etc.) lediglich durch Vermittlung der Reichsbank auszugeben und dabei für die Beschäftigung des kreditwürdigen Mittelstandes in geeigneter Form Sorge zu tragen.

Einen allgemein gehaltenen Antrag zu der gleichen Frage hat die Zentrumsfraktion eingebracht. Die

fordert, daß die der öffentlichen Hand zur Verfügung stehenden Mittel der Wirtschaft, aus der sie zum größten Teil geflossen sind, zu mäßigen Bedingungen ausgeliefert werden.

Dem Reichstag ist ferner eine große Reihe steuerpolitischer Entwürfe zugegangen. Bemerkenswert ist ein sozialdemokratischer Antrag, die Steuerlisten nach Beendigung der Veranlagung an sieben aufeinander folgenden Tagen öffentlich zur Einsicht auszuliegen.

Ein folgenschwerer Antrag.

Berlin, 15. Januar. Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: § 92 St.G.B. erhält den folgenden 3. Absatz: Landesverrat im Sinne des Abs. 1 begeht nicht, wer über geschwundene Güter wahrheitsgemäß Mitteilung macht.

Parlamentarischer Unfug.

Die Rudendorff-Anhänger haben in die Reichspresse, beispielsweise in die „Kreuzzeitung“ einen Antrag lanciert, den sie angeblich im Reichstag eingebracht haben, und worin sie die Abweisung des Reichspräsidenten Ebert durch Volksabstimmung verlangen. Ein solcher Initiativantrag müßte nach der Geschäftsordnung des Reichstages mindestens 15 Unterschriften tragen, während die Deutschnationalen im Reichstag jetzt nur über 14 Stimmen verfügen. Sie können also überhaupt keine selbständigen Anträge stellen, sondern bedürfen dazu die Hilfe anderer Fraktionen, also etwa der kommunistischen oder der deutschnationalen. Da diese Hilfe bisher ausbleiben ist, so haben sie auch den gegen Ebert gerichteten Antrag gar nicht einbringen können; im Büro des Reichstages ist deshalb davon auch gar nichts bekannt.

Präzedenzfälle im Thüringischen Landtag.

Weimar, 14. Jan. In der heutigen Vormittags-Sitzung des Thüringischen Landtages kam es zu einer Prägelei zwischen dem deutschnationalen Abg. Oberleitnant a. D. Otto und mehreren Kommunisten. Nach einem scharfen Wortgefecht zwischen Otto und der kommunistischen Fraktion forderte ein Kommunist durch lauten Ruf Otto auf, in den Vordergrund zu kommen. Dieser leistete der Herausforderung Folge und begleitete den Kommunisten aus dem Sitzungssaal. Vor dessen Türen entwickelte sich eine regelrechte Prägelei, in die noch mehrere Kommunisten eingriffen und Otto scharf auf den Leib rückten, bis die Streitenden getrennt wurden. Die Sitzung wurde daraufhin unterbrochen.

Amerikas Interesse an der Erhaltung der deutschen Zepplinwerft.

Die Angelegenheit der Zepplinwerft in Friedrichshafen ist noch immer nicht geklärt. Unter diesen Umständen ist eine Nachricht aus New York interessant, derzufolge der Senator Copeland im Kongress die Frage des Zepplinbaues in Friedrichshafen zum Gegenstand einer Interpellation gemacht hat. Er stellt an die Regierung das Ersuchen, auf den Obersten Rat einen Druck auszuüben, die Beschleunigung des Luftschiffbaues aufzuheben. Bei dieser Gelegenheit stellte er fest, daß Amerika billiger und schneller seine Luftschiffe aus Deutschland erhalten könne, als es sie selbst zu bauen in der Lage wäre. Was die deutsche Zepplinwerft in Monzen schaffe, dazu brauche man in Amerika Jahre. Dieser Umstand leite eine Berechtigung her, daß Amerika einen scharfen Protest gegen die Fortführung der Werft erhebe. Man könne nicht davon sprechen, daß die Zepplinen ein hoher militärischer Wert seien. Die Fortführung der Werft würde ein wirtschaftliches Verbrechen darstellen. Auch die Abfassung der Größenbeschränkung sei wichtig. Der Senator gab dann im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen Einzelheiten über einen Vertrag Amerikas mit der Zepplinwerft über den Bau eines 3/4 Millionen Kubfuß großen Luftschiffes. Obwohl der Vertrag bereits beiderseitig unterschrieben worden wäre, hätte er nicht zur Ausführung gelangen können, weil ein Protest der Reichsregierung erfolgt. Copeland endete seine Ausführungen mit einem scharfen Protest gegen die Vergewaltigung des eigenen Reiches, dort zu kaufen, und dort zu arbeiten lassen, wo man am besten und billigsten bedient würde.

Londontournee Dr. Eßners.

Berlin, 13. Januar. Die Abendblätter melden aus London: Dr. Eßner wird im März nach London kommen, um dort eine Reihe von Vorträgen über die modernen Zeppliner zu halten.

Vorläufiges Wirtschaftsabkommen zwischen Deutschland und Polen.

In den letzten Tagen haben zwischen einer deutschen und einer polnischen Delegation Verhandlungen über ein vorläufiges Wirtschaftsabkommen stattgefunden, die zu einem Abschluß geführt haben, und zwar auf der Grundlage, daß jeder der vertragsschließenden Teile auf die in sein Hoheitsgebiet zur Einfuhr gelangenden Waren des anderen Teiles die jeweiligen Sätze seines allgemeinen autonomen Zollgebietes anwendet. Beide Länder werden von Retorsionsmaßnahmen absehen. Die allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen zwischen den beiden Ländern werden am 1. März d. J. beginnen. Die beiden Regierungen haben sich vorbehalten, zu diesem Abkommen innerhalb drei Tagen ihre Zustimmung zu erteilen.

Der elektrische Betrieb der Reichsbahn.

Im elektrischen Betrieb befinden sich nach der letzten amtlichen Zusammenstellung von der Reichsbahn 633,3 Kilometer. Im Ausbau begriffen sind 852,8 Kilometer, in Vorbereitung 281,1 Kilometer. Die Berlin- und einige kleinere Bahnen in Bayern und Sachsen werden mit Gleichstrom betrieben.

Briefkaltenhetze gegen Danzig.

Warschau, 14. Jan. Der Völkerverbundskommissar für Danzig hat in Warschau mitgeteilt, daß seiner Ansicht nach die polnischen Briefkästen aus Danzig entfernt werden müßten. Diese Mitteilung hat in polnischen politischen Kreisen ungeheure Erregung hervorgerufen. Der Ministerrat ist sofort zusammengetreten, ebenso wie die Fraktionsführer des Sejm. Im Anschluß daran wurden an den polnischen Vertreter in Danzig telegraphische Instruktionen gegeben, um eine nochmalige Rücksprache mit dem Völkerverbundskommissar in Danzig herbeizuführen. Der polnische Innenminister Dlugutt erklärte den hiesigen Pressevertretern, daß von der deutschen Presse ein unerhörter Druck auf den Völkerverbundskommissar Mac Donnell ausgeübt worden sei. Polen sei bereit, den Völkerverbund in der Frage entscheiden zu lassen, es lehne aber jede Eigenmächtigkeit ab und werde Gewalt mit Gewalt erwidern. Der polnische Staat lasse sich nicht „wie eine Regeherde“ behandeln. Die Warschauer Zeitungen ergehen sich in Drohungen gegen Danzig und warnen es vor den Konsequenzen „eines leichtfertigen Abenteuer“.

Das Ende der Finanzministerkonferenz.

Paris, 14. Jan. Die Konferenz der Finanzminister ist nach Unterzeichnung des getroffenen Abkommens gegen 11 Uhr vormittags geschlossen worden. Kurz vor Beendigung der Sitzung erklärte Ministerpräsident Herriot im Saale und hielt eine kurze Ansprache an die Delegierten der alliierten Mächte.

Der neue Kammerpräsident in Paris.

Paris, 13. Januar. Die heute in öffentlicher Abstimmung vorgenommene Wahl des Präsidenten der Kammer hat die Wiederwahl des bisherigen Präsidenten Painlevé mit 313 gegen 24 (kommunistische) Stimmen, die der Abgeordnete Gachin auf sich vereinigte, ergeben. Die Opposition enthielt sich der Stimmabgabe. Der Senat hat beschlossen, sein Büro am kommenden Donnerstag zu wählen.

Caillaux Rückkehr ins politische Leben.

Paris, 13. Januar. Für Caillaux fand gestern in seiner Vaterstadt zur Feier seiner Rückkehr ins politische Leben ein Bankett statt. Ein anwesender Abgeordneter erklärte sich bereit, sein Mandat niederzulegen, um Caillaux die Möglichkeit zu geben, in die Kammer gewählt zu werden.

Ausbreitungen in Italien.

Der Anschlag auf den „Messaggero“. Nachträglich berichtet „Osservatore Romano“, daß in Pisa die Lokale des „Messaggero“, in denen neben diesem Blatte auch mehrere andere Blätter gedruckt wurden, vollständig zerstört und in Brand gesetzt worden seien. Die Behörden und die Truppen hätten sich passiv verhalten und den Bestrebungen keinen ernstlichen Widerstand entgegengeleitet. (WZ.)

Neue politische Morde in Italien.

In Udine fanden 200 Hausdurchsuchungen statt, 15 Personen wurden aufgefaßt und 20 Verhaftungen geschloffen. In Bologna wurde ein junger Mann, der nicht aus den sozialistischen Gewerkschaften austreten wollte, von sechs jungen Leuten zu Tode geprügelt. In einem Dorfe bei Bergamo gab ein Sozialist mehrere Schüsse auf Faschisten ab und verwundete einige unter ihnen schwer. Am anderen Morgen wurde dieser Sozialist tot aufgefunden.

Sächsischer Landtag.

Dresden, 14. Januar. In der ersten Sitzung des Landtages nach der Weihnachtspause weisen Saal und Tribünen gute Besetzung auf.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest Präsident Winkler folgende Erklärung:

Durch alle deutschen Lande geht ein Ruf der Entrüstung über den Vertragsbruch, den die früheren Feindbündstaaten durch die Nichttrümung der Kölner Zone begangen haben. Auch der Sächsische Landtag teilt diese Entrüstung. Er versichert die Bewohner des besetzten Rheinlandes seines warmsten Mitgeföhls und gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Reichsregierung alles tun und nichts unterlassen werde, was dazu dient, die vertragswidrige Weiterbesetzung schleunigt zu beenden.

Die Abgeordneten hörten die Rede mit lebhaftem Interesse und die Kommunisten ließen sich durch unverständliche Zwischenrufe bemerkbar machen.

Es folgt die Berichterstattung des Rechtsausschusses über eine Reihe von Strafverfolgungen von Kommunisten und linkssozialistischen Abgeordneten.

Die Genehmigung zur Strafverfolgung wird in sämtlichen Fällen abgelehnt.

Es erfolgt die erste Beratung über den Antrag des Abg. Günther (Dem.) auf Befreiung der Eigen- und Verkaufsbauten von der Grunderwerbsteuer usw. Der Antragsteller fordert, daß von allen Eigen- und Verkaufsbauten einschließlich des Baugeländes, soweit sie zur Befreiung der Wohnungsnot in den Jahren 1925 und 1926 beziehbare errichtet werden, Grunderwerbsteuern und sonstige Kosten und Gebühren nicht erhoben werden sollen. Dasselbe soll beim erstmaligen Besitzwechsel der Verkaufsbauten gelten.

Arbeitsminister Eßner:

Die Regierung sei gern bereit, beim Reiche vorstellig zu werden, daß den Ländern die Möglichkeit des Erlasses der Steuern gegeben wird. Der Antrag wird dem Haushaltsausschuß U überwiesen.

Abg. Fräulein Dr. Hertwig (D. Sp.) richtet an die Regierung eine Anfrage wegen Abänderung der Wohnungsmangelverordnungen, insbesondere hinsichtlich möblierter Untermieträume.

Abg. Frau Wittmann (Dntl.) begründet einen Antrag ihrer Partei, die Regierung zu ersuchen: 1. für die Vermietung möblierter Räume und für die Vermietung leerer Teile einer Wohnung die Zwangsverpflichtung aufzuheben, insbesondere dafür die Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und des Mietrechtsabkommens außer Wirkung zu setzen und 2. die

Neubelegung von Räumen mit Zwangsverpflichtung durch Landesverordnung auszuscheiden.

Ministerialdirektor Dr. Tittel erklärt auf der Anfrage und dem Antrage, die Regierung sei bereit, die mit der Wohnungszwangswirtschaft zusammenhängenden Fragen erneut zu prüfen.

Abg. Dr. Sachs (Soz.) warnt vor einer Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft, da der Wohnungsmangel dadurch nicht beseitigt werden würde. Eine Aufhebung des Mieteschutzes für möblierte Zimmer würde besonders für Eheleute mit Kindern katastrophal wirken.

Der Antrag geht an den Haushaltsausschuß U.

Der Tod des Werkmeisters Michel in Kus.

hat der kommunistischen Fraktion Anlaß zu einem Antrage gegeben. Abg. Berg (Komm.) bespricht den Fall. Berg macht die Polizei dafür verantwortlich, daß Michel, der inhaftiert und angeknastet gewesen sei, durch einen Brand in der Zelle sein Leben eingebüßt habe. Der Redner beantragt, sofort eine gründliche Untersuchung der Vorgänge durchzuführen und bis zum Abschluß der Untersuchung die beteiligten Beamten ihres Dienstes zu entheben.

Innenminister Müller

äußert, daß von der Regierung und von der Staatsanwaltschaft sofort Schritte eingeleitet worden seien, den besagten Anlaß zu untersuchen. Diese Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen und er könne daher noch keine näheren Mitteilungen machen. Sollte sich etwas abgeklärt haben, was strafwürdig sei, so würden die betreffenden Beamten bestraft werden. Wenn Sie (zu den Kommunisten) weniger darüber geschrieben oder geredet hätten, wäre die Untersuchung mehr gefördert worden. (Hurufe der Kommunisten: Das könnte Ihnen so passen!) Er könnte heute schon sagen, daß ein wesentlicher Teil Liebertreibung sei.

Abg. Paula (Dntl.) verteidigt unter großem Lärm die Auer Polizei. Michel sei betrunken gewesen und habe auf irgendeine Weise in Sicherheit gebracht werden müssen. Die bei Feuer entstandene sei, wolle kein Mensch. Es könne kein Grund gefunden werden, daß die Polizei dem Michel hätte eins auszuwickeln wollen.

Abg. Wittsche (D. Sp.) macht ähnliche Ausführungen. Der Brand sei von Michel wahrscheinlich selbst verursacht worden. Michel habe einer Rechtspartei, die im Landtage nicht vertreten sei, näher gestanden als den Kommunisten.

Der Antrag geht an den Haushaltsausschuß U.

Einmütigkeit der sozialdemokratischen Minister.

Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei verbreitet folgende Mitteilung: In Nr. 9 der „Chemnitzer Volkstimme“ vom 12. d. M. wird in einem Artikel unter der Überschrift „Dem Wanne ist nicht zu helfen“ die Behauptung aufgestellt, es verlautete aus zuverlässiger Quelle, daß Wirtschaftsminister Müller und Arbeitsminister Eßner erklärt hätten, „diesen Kampf des Ministerpräsidenten gegen alles, was unter Feigern geschehen“ sei, nicht mitmachen zu können. Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes vom 7. Mai 1874 haben die beiden hier genannten Minister daraufhin der „Volkstimme“ eine Berichtigung zugesandt, des Inhaltes, daß sie niemals eine solche Erklärung abgegeben haben, vielmehr in der Beurteilung der Feigener-Beimann-Politik vollständig mit dem Ministerpräsidenten übereinstimmen.

Aus Stadt und Land.

Kus, 15. Januar 1925.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung veröffentlichen über die Lage auf dem sächsischen Arbeitsmarkt für die Zeit vom 4. bis 10. Januar 1925 folgenden Bericht: Die Beschlechterung hielt an. In fast allen Berufsgruppen und Industriezweigen kam es mehr oder weniger zu Entlassungen, und wo dies nicht der Fall war, ließ die Nachfrage nach Arbeitskräften merklich nach. Eine Verschlechterung war hauptsächlich in der Industrie der Steine und Erden, in der Metallindustrie, stellenweise sogar im Spinnstoffgewerbe, in der Lederindustrie, im Bekleidungs- und im Baugewerbe festzustellen. Unentgeltlich gestaltete sich die Lage besonders im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe, woselbst es in der Pigmentindustrie und im Wärfelgewerbe zu Entlassungen kam, während die Zigarrenindustrie und das Säbwarenlohn, sowie das Fleischergewerbe weiterhin Arbeitsmöglichkeiten boten. In der Säbwarenindustrie hat in vielen Betrieben bereits die Osterferien eingeleitet und die Wiederanstellung entlassener Arbeitskräfte ermöglicht. Verhältnismäßig günstig blieb die Lage in der Chemischen und in der Papierindustrie, im Holz- und Schnitzstoffgewerbe, in der Wäschebranche und im Kürschner- sowie im Viehhaltungsgewerbe. Im Verkehrsgewerbe wurden hauptsächlich Vermittlungen in Ausschäftsstellen erzielt. Im übrigen nahm auch hier die Zahl der Arbeitsuchenden zu. Dasselbe war, allerdings in weit stärkerem Maße, bei den Ungelernten der Fall. Am Bergbau dürften sich Einstellungen und Entlassungen die Waage halten. Größte Nachfrage nach Arbeitskräften hederlei Geschlechts bestand lediglich in der Landwirtschaft, allerdings erstreckte sich diese Nachfrage fast ausnahmslos auf Personen in jüngeren Lebensjahren. Für kaufmännische und Büroangestellte war — soweit weibliches Personal in Frage kam — eine geringe Besserung festzustellen. Sonst bestand hauptsächlich Bedarf an Provisionsreisenden.

Der Tod des Werkmeisters Michel war der Anlaß zu einem Antrag des kommunistischen Berg in sächsischen Landtage, der eingehend, eine gründliche Untersuchung durchzuführen und die beteiligten Beamten ihres Dienstes zu entheben.

Der Antrag stand in der gestrigen Sitzung des Landtages zur Beratung. Wir berichten darüber an anderer Stelle dieses Tagblattausgabe.

Das Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“ hält am 16. Januar abends 8 Uhr im Restaurant „Stadtbrauerei“ seine Gewerkschaftsversammlung ab.

Ein Den... napolit... gehöriger... der Beh... verächtl... gesucht... sam mit... Lager die... Wie i... Danauer... Kurländer... interessier... Millionen... handlung... der rund... verhaftete... Rumänien... war Vorl... teils über... treten zu... Durch... Staatsanw... müde um... wie wie... wickelt... abeigens... sagen. „K... bank aufhe... hen, tells... kühler V... ten. Es i... der ebenf... bächtigt... Die i... In d... Gesamt... ler wurde... Verband... Zustände... den, vorg... sächsisch... der Doffe... außerord... bestand... Zeit, in d... schaftsl... gedroht... find. Die... auf die... Industrie... ausgeschö... naß von... bungen g... Stellen i... tigkeit d... der Wirt... Selbst die... daß der... weit in... reichte, d... Geschäfte... werden to... Verwaltung... ten Reser... Hat V... Ausläufe... einem Un... erreichen... die Verme... verantwort... Ultenpaf...

Ein Komplize Kutiskers verhaftet.

Den Bemühungen der Staatsanwaltschaft und der Kriminalpolizei ist es endlich gelungen, den rumänischen Staatsangehörigen Boris Toubini zu verhaften, der dringend der Beihilfe an den betrügerischen Unternehmungen Kutiskers verdächtigt ist und der seit etwa vier Monaten fleißig gesucht wird. Dem Verhafteten wird zur Last gelegt, gemeinsam mit Kutisker bei dem angeblichen Verkauf des Danauer Lager die Staatsbank betrogen zu haben.

Wie erinnerlich, hatte die Staatsbank das sogenannte Danauer Lager mit 4,2 Millionen Mark besetzen, nachdem Kutisker angegeben hatte, die rumänische Handelsdelegation interessiere sich für den Kauf des Lagers und wolle es für 9 Millionen Mark erwerben. Die Staatsbank hatte zu den Verhandlungen, an denen Kutisker und die angeblichen Vertreter der rumänischen Handelsdelegation teilnahmen, den unterdessen verhafteten Geheimrat Dellwig entsandt. Der Führer der Rumänen, die sich als Beauftragte der Regierung ausgaben, war Boris Toubini. Er verstand es, die Hauptungen Kutiskers über den Verkauf des Lagers durch sein gewandtes Auftreten zu unterstützen.

Durch Verhaftung Boris Toubinis wird es für die Staatsanwaltschaft leichter sein, die Zusammenhänge der Romodie um das Danauer Lager festzustellen. Der Verhaftete ist, wie wir erfahren, auch noch in andere Betrugsaffären verwickelt. Es ist ermittelt worden, daß Boris Toubini, der übrigens mit Kutisker weitläufig verwandt sein soll, auch die sogenannten „Küsterwechsel“, durch welche die preussische Staatsbank außerordentlich geschädigt worden ist, teils unterschrieben, teils befohlen hat. Toubini hat für diese seine Dienste von Kutisker Provisionen in Höhe von 500 bis 5000 Mark erhalten. Es ist bisher noch nicht gelungen, seinen Bruder Simeon, der ebenfalls der Beihilfe an Kutiskers Transaktionen verdächtigt ist, festzunehmen.

Die fälschliche Industrie zum Barmat-Kutisker-Skandal.

In der am 13. Januar abgehaltenen Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller wurden die in großer Zahl von Mitgliedsfirmen dem Verband zugegangenen erregten Proteste gegen die Zustände, die zu dem Barmat-Skandal geführt haben, vorgelegt. Die Empörung, die in den Kreisen der sächsischen Industrie über die schon länger an das Licht der Öffentlichkeit gelangten Enthüllungen herrscht, ist außerordentlich. Der ehrbare Industrie- und Handelsstand empfindet es als eine Schmach, daß in einer Zeit, in der die Steuergewalt des Reiches das Wirtschaftsleben mit ihrem rücksichtslossten Vorgehen gedrosselt hat, in der Kreditrestriktionen erfolgt sind, die fast alle Betriebe in ihrer Bewegungsfreiheit aufs äußerste einschränken, in der der Staat aus der Industrie bewußt ungeheure Steuerumlagen herausgeholt hat und bei ihr mit Anwendung eines Arsenal von Verordnungen angebliche wuchererische Bestrebungen glaubte bekämpfen zu müssen, verantwortliche Stellen mit geradezu verbrecherischer Leichtfertigkeit mit diesen größten Übeln aus den der Wirtschaft herausgehobten Geldern umgegangen sind. Selbst die kühnste Phantasie konnte sich nicht vorstellen, daß der Sumpf der Zwangswirtschaft und Inflation soweit in maßgebende Stellen der Verwaltung hineinreichte, daß die Grundzüge der Solidarität im Geschäftsbetrieb gerade von Stellen außer acht gelassen werden konnten, denen die hohe Verantwortung für die Verwaltung und Verwendung öffentlicher, aus den letzten Reserven der Wirtschaft stammender Gelder oblag. Hat keine von den Branchen, die von so ungünstigen Umständen begleiteten Persönlichkeiten Kredite von einem Umfange wie keine deutsche Firma sie je hätte erreichen können, in so leichtfertiger Weise gegeben hat, die Verwendung dieser Gelder erfolgt? Ist keiner der verantwortlichen Stellen dieser sinnlose Ausfluss von Aktienpapieren, Majoritäten, industriellen und Handels-

unternehmungen der Verschlebung, niemals in einem Konzern wirklich nützlich und gewaltenden Besessenen durch die Barmats aufgeflogen? Hat nicht eins von den Staatsgelder sorglos ausstreuenden Personen einen Funken von dem Verantwortungsgesühl in sich getragen, das in einem industriellen Betriebe jedem Produzenten selbstverständliche Pflicht ist? Die Größe und Schwere des Falles erfordert eine restlose Klarstellung aller hier in Frage kommenden Zusammenhänge namentlich auch durch den inzwischen eingeleiteten parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Aber auch die gerade vom Verband Sächsischer Industrieller wiederholt aufgeworfene Frage, wohin die riesigen Steuerumlagen, die man aus der Wirtschaft bis zu ihrer Erschöpfung herausgepreßt hat, geflossen und wozu sie verwendet worden sind, muß nunmehr schleunigst durch den Reichstag vor aller Öffentlichkeit klargestellt werden. Auch dieser Fall zeigt übrigens wieder, daß nur die Zwangswirtschaft mit ihrer Unterbindung der gesunden Wirtschaftsgrundzüge, für deren restlose Wiederherstellung der Verband seit Jahren kämpft, der Boden ist, auf dem Giftkräutern wie Barmat, Kutisker und Genossen gedeihen. Wenn in der vorliegenden Affäre das Licht der Wahrheit bis in den letzten Winkel eindringen kann, wird sich die Öffentlichkeit überzeugen, welche Aufklärungsarbeiten gerade in dieser Richtung noch zu leisten sind. Die Verflüchtigung von Politik und Geschäft, eine Erregung der Nachkriegszeit, die zu solchen katastrophalen Erscheinungen führen kann, zu bekämpfen, ist eine Aufgabe, der sich die Organisationen der Wirtschaft mit größter Energie zuwenden müssen.

Volkswirtschaftliches.

Kürzung der Zinsen für aufgewertete Hypotheken an der Aufwertungssteuer.

Nach Paragraph 12 Ziffer 2 des Gesetzes über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juli 1924 ist die Aufwertungs- (Wertsteigerungs-) Grundsteuer, auf denen eine privatrechtliche nicht wertbeständige, aber aufgewertete Last ruht, um den Wert der laufenden Geldwertbestimmungen, die sich aus einer Aufwertung bis zu 15 v. H. des Nennbetrages in Goldmark ergibt, zu kürzen, wenn der steuerpflichtige Hausbesitzer dies beantragt. Da nach der dritten Steuernotverordnung die aufgewerteten Papiermarkhypotheken vom 1. Januar 1925 ab mit 2 v. H. des aufgewerteten Wertes zu verzinsen sind, können also vom 1. Januar 1925 ab diese Zinsbeträge an der Aufwertungssteuer gekürzt werden. Nach Paragraph 16 Abs. 2 der vom Finanzministerium erlassenen Ausführungsverordnung zur Dritten Notenverordnung vom 7. Mai 1924 ist der Jahresbetrag dieser Zinsen auf die monatlich zu entrichtenden Steuerbeträge gleichmäßig zu verteilen. Wenn also auf einem Grundstück eine Wertsteigerungshypothek von 100 000 Papiermark lastet, die nicht gekürzt worden ist und daher nach der dritten Steuernotverordnung auf 15 000 Goldmark aufgewertet ist, so sind für diese Hypothek für das Jahr 1925 300 R-Mark Zinsen zu zahlen. Diese 300 R-Mark sind auf Antrag des Hausbesitzers an der Aufwertungssteuer berichtigt zu kürzen, daß sich die monatliche Aufwertungssteuer um 300 : 12 = 25 R-Mark vermindert. Ist die Hypothek von 100 000 Papiermark aber nach dem 31. Dezember 1917 eingetragen worden, s. B. am 1. Juli 1920, so müssen die 100 000 Papiermark erst in den Goldmarkbetrag umgerechnet werden. Da am 1. Juli 1920 die Goldmark gleich 9,17 Papiermark war, hat die Hypothek also einen Goldmarkwert von 100 000 : 9,17 = 10 905,13 oder rund 10 905 Goldmark. Dieser Goldmarkbetrag mit 15 v. H. aufgewertet, ergibt 1636 Goldmark. Davon 2 v. H. Zinsen = monatlich 2,70 R-Mark können monatlich an der Aufwertungssteuer gekürzt werden.

Zur Herbeiführung dieser Steuerermäßigung bedarf es, wie erwähnt, eines Antrages des Hausbesitzers, der an die zuständige Steuerstelle zu richten ist und genau angeben muß, wo und wann die Hypotheken, deren Berücksichtigung gewünscht wird, eingetragen sind. Auch muß der Antrag die Versicherung enthalten, daß zwischen dem Hausbesitzer und seinen Hypothekengläubigern kein Streit darüber besteht, daß die Hypotheken nach der Dritten Steuernotverordnung auf 15 v. H. aufzuwerten und mit 2 v. H. vom 1. Januar 1925 ab

zu verzinsen sind. Bestehende Versicherungen ist notwendig, weil die Dritte Steuernotverordnung in gewissen Fällen eine Herabsetzung des Aufwertungsbeitrags vorsieht, über den die Aufwertungsstelle zu entscheiden hat, und natürlich an der Aufwertungssteuer nur diejenigen Grundbeträge gekürzt werden können, zu deren Zahlung der Hausbesitzer auf Grund der Dritten Steuernotverordnung tatsächlich verpflichtet ist. Soweit freiwillig eine höhere Aufwertung als 15 v. H. über höhere Zinsen als 2 v. H. vereinbart werden, können ebenfalls nur die Zinsen berücksichtigt werden, die einer zweiprozentigen Verzinsung der auf 15 v. H. aufgewerteten Hypotheken entsprechen. Zur Beschleunigung des Verfahrens wird der Hausbesitzer gut tun, in seinem Besitze befindliche Grundbuchauszüge und etwaige Beweise für die bestehenden Grundschulden, die ihm von den Steuerbehörden zurückgegeben werden, dem Antrage beizufügen.

Die soziale Belastung der heimischen Wirtschaft. Das Reichsarbeitsministerium veröffentlicht im „Reichsarbeitsblatt“ die endgültigen Ergebnisse seiner Erhebungen über die gegenwärtige Belastung der Wirtschaft durch die Sozialversicherung und Erwerbslosenfürsorge. Die Untersuchung ergab folgende Ziffern: Für die Krankenversicherung 700 Millionen, für die Invalidenversicherung 800 Millionen, für die Angestelltenversicherung 110 Millionen, für die Unfallversicherung 100 Millionen und für die Erwerbslosenfürsorge 200 Millionen. Rechnet man noch die jetzt ermittelten 100 Millionen der knappschaftlichen Rentenversicherung hinzu, so ergibt sich eine gesamte soziale Belastung der Wirtschaft in Höhe von 1910 Millionen jährlich, wovon 880 Millionen auf die Arbeitnehmer und 700 Millionen auf die Arbeitgeber entfallen.

Berliner Börse vom Mittwoch. Die kleine Wertschwächung, die sich am Schluß der gestrigen Börse bemerkbar machte, hat heute bereits wieder einer sehr starken Aufwärtsbewegung Platz gemacht, wobei sich das Hauptinteresse auf den Montan- und Elektromarkt konzentrierte. Anbauern der Kaufaufträge auf rheinische Rechnung machten die Bemühungen der Spekulation, das Kursniveau herabzusetzen, zunichte. Dagegen tritt das Interesse für die einzelnen Spezialwerte sehr zurück. Neben den genannten Märkten war auch das Geschäft am Schiffahrtsmarkt außerordentlich lebhaft. Am Markt der ausländischen Renten herrschte wiederum lebhafter Kauf. Am Markt der heimischen Renten läßt das Geschäft immer mehr nach, trotz der Ausichten auf einen Erfolg der Bestrebungen Luthers, heute noch eine überparteiliche Rentenreform zustande zu bringen. An der Börse gewinnt die Ansicht immer mehr Raum, daß gegen Ende doch keine Mittel für eine allgemeine Aufwertung der Kriegsanleihe vorhanden sind.

Gerichtssaal.

Drei Jahre Gefängnis für einen betrunkenen Chauffeur. Am 6. Nov. 1924 hatte eine junge Telegraphengehilfin in der Kopenikusstraße in Berlin ein Auto verlassen und war im Begriff, sich von ihrem Begleiter, der im Wagen sitzen geblieben war, zu verabschieden. Das junge Mädchen war nach dem Fahrdrum zu ausgestiegen. In diesem Augenblick kam ein Auto in sehr schnellem Tempo um die nächste Straßenecke gefahren und fuhr, ohne ein Hußensignal zu geben, hart an dem haltenden Automobil vorbei. Die Telegraphengehilfin wurde überfahren und noch eine Strecke weit mitgeschleift. Sie war sofort tot. Der Führer des Automobils der Kraftfahrzeugführer Wilhelm Quasdorff hatte an jenem Abend mit drei Gedächtnispartnern, die auf dem Schlesischen Bahnhof tätig sind, eine Kneiptour unternommen. Als er zur Polizei gebracht wurde, war er betrunken, daß es unmöglich war, ein Verhör mit ihm anzustellen. Der Staatsanwalt beantragte einjähriges Gefängnis. Das Gericht ging über diesen Antrag weit hinaus und erkannte auf drei Jahre Gefängnis und fortwährende Verhaftung.

60° Kälte

Können Ihre Haut nichts ertragen, wenn Sie dieselbe regelmäßig mit **Combella-Creme** einreiben. Gegen rote, aufgeschwemmte Hände und andere Hautschäden hilft **Combella-Creme** unbedingt und ist, wie auch die milde **Combella-Salbe** überall erhältlich.

Der Sieger.

Roman von Marie Stahl.
(73. Fortsetzung.)

„Auguste, sage mir das eine, sage mir die Wahrheit, ehe es zu spät ist, hast du wirklich Falsches gegen meine Stiefmutter ausgesagt?“ fragte Lora beschwörend in großer Erregung.

Auguste wurde noch unruhiger und atmete schwer. „Richtig warf sie wie in einem Anfall wilder Angst die Decken von sich und machte unbeholfene Versuche aufzuspringen und das Fenster aufzureißen.“

„Es ist besser, ein Ende zu machen, laß mich, laß mich durchs Fenster — da unten auf dem Pflaster bin ich bald verreckt,“ kuschte sie.

Lora drückte sie mit Gewalt in den Stuhl zurück, sie zitterte an allen Gliedern.

„Wenn du Unrecht getan hast, dann mache es nicht schlimmer durch einen Selbstmord! Sage wenigstens jetzt die Wahrheit, das ist die einzige Sühne, die dir noch offen steht,“ rief sie, die Hände mit beiden Händen festhaltend.

Kraftlos und ermattet fiel Auguste zurück.

„Lorachen, dann komme ich noch vor Gericht wegen Meineid und sie stachen mich ins Herz, dann hat mein Sohn die Schwande,“ brachte sie nur mühsam nach Atem ringend heraus. „Gib mir doch mal da die Medizin, daß ich wieder Luft kriege!“

„Sie können dir in deinem jetzigen Zustand nichts anhaben und ich glaube kaum, daß mein Bruder die Sache wieder vor Gericht bringen wird, doch die Wahrheit bist du uns und der Verstorbenen schuldig,“ entgegnete Lora, indem sie ihr die gewünschte Arzneiflasche reichte. Die Wirkung der Medizin machte sich bald geltend, die Kranke atmete ruhiger.

„In Gottes Namen denn — ich will dir alles sagen, wie ich es jetzt ansehe,“ begann sie matter, als

„Siehst du, man war doch auch bloß ein Mensch und man hat das Seinige getan — Lorachen — und ich habe wohl noch etwas mehr getan als andere. Als die Frau Mama starben und mein Kleines starb, da nahm ich dich als Brustkind an und wußte ihre Stelle zu vertreten und schließlich mehr als recht war. Na, ich hatte auch noch junges, helles Blut und wie sollte ich mich unserem Herrn widersetzen? Was der wollte, das mußte geschehen. Der Herr Papa war immer nobel und sehr gut. Lorachen, ich will nichts gegen ihn sagen, aber es wäre doch besser gewesen, wenn es nicht geschehen, denn es entstand uns allen nichts Gutes daraus. Mir gefiel es von da an nicht mehr bei meinem Mann, ich hängt mein ganzes Herz an euch und an das große Leben im Schloß. Mein Mann sagte nicht viel, er hatte ja auch große Vergünstigungen durch mich und wir konnten unsere Kinder besser halten und erziehen als die anderen im Dorf, doch es frag wohl an seinem Herzen und es gab auch Leute, die uns benedeten und ihm das vortarfen. Da gewöhnte er sich das Trinken an, denn er war sonst ein ordentlicher Mensch gewesen. Und als nun die neue Gouvernante ins Haus kam, die nun mit einemmal alles war und ich gar nichts mehr, da stieg mir das Biß in den Kopf. Ich hatte ja wohl immer damit gerechnet, daß eine zweite Frau ins Haus kommen würde und wäre es eine von Stande gewesen, hätte ich mich ohne Erwartung gefügt. Aber daß so einer, die doch nur eine Bedienstete war, alles mir nichts dir nichts in den Schoß fiel und sie nur die Hand danach ausstrecken brauchte, was mir immer besagt geblieben, das war zu hart für mich. Da küßte ich, daß ich zu große Opfer gebracht hatte, die ich nicht hätte bringen sollen. Ich wurde heimgeschickt in mein verödetes Haus und wenn der Herr Papa sich auch sehr nobel machte und uns dies schöne Krüwelein schenkte, meinen Mann konnte er nicht mehr vom Trunk kurieren und wenn er im Kausch war, beschimpfte er mich vor den Kindern.

Die Kinder wandten sich gegen mich und die Genta, die nun erst recht neidisch waren, verächtlich mich.“

Tief erschüttert hatte Lora diese Worte angehört, die ihr manches aufhellte, was sie nur dunkel geahnt. Wortlos, aber mit tiefem Mitleid, tröneten sie der Seelen den Schmerz von der Stirn und wuschelten ihr einen erfrischenden Krut. Doch Auguste sprach gleich wieder, von ihrer eigenen Rede fortgerissen und mit dem Drang, sich das Herz ganz frei zu machen.

„Es war zu hart, mit ansehen zu müssen, wie die Fremde, die doch weiter keine Bedienstete hatte, alle Ehren und Ansehen genoss und wie sie sich ins weiche warme Nest gesetzt, während ich nun draußen stehen mußte. Und ihr alle wart unbarmherzig gegen mich. Ich hab dem Herrn Papa nur mal Andeutungen gemacht, doch er nicht recht an mir gehandelt und wie es mit der Gouvernante und dem jungen Herrn Bedrecht Wolmar gestanden, kam er mir mit Andeutungen, mich wegen Geprüffung anzusehen. Und auch du, Lorachen, wollest gar nichts mehr von mir wissen. Die Fremde galt die alles und die Lieb dich nicht mehr zu mir. Und ich hatte dich doch wie ein eigenes Kind geliebt und geliebt. Da wurde es finstler in mir und mein Herz verhärtete sich auch gegen dich alle. Als nun Folgeren zu mir kam, die ebenso voll Bitterkeit und Haß was gegen die Gouvernante, da half ich ihr auf die Spur in der Sache mit Bedrecht Wolmar. Was ist es wohl gewesen, daß sie sich im Felde begegnet, doch Benante wachte man nicht. Und ich sagte wohl etwas mehr, als ich wirklich wußte, weil ich fest glaubte, es müsse Unrecht geschehen sein. Später vor Gericht trieb mich die Angst, ich hätte mich gern um die Aussage geübt, aber die Bannernbergs liegen mich ja nicht los. Und weil alle Leute sich gegen mich wandten und sagten, ich hätte wegen Verleumdung in Anklage, wenn die Sache nicht bewiesen werden würde, sagte ich mehr, als ich sagen durfte, nämlich, ich habe dem Bedrecht Wolmar und ich Bedrecht

Rus Stadt und Land.

Mas, 16. Januar 1925.

Wirtschaftslage in Sachsen.

Das Schwanitz-Jahresrückblick.

Das Schwanitz wird geschrieben: Von zukünftiger Seite werden über die wirtschaftliche Lage verschiedener Industriezweige folgende Mitteilungen gemacht: Im Maschinenbau ist im Aufstiegsstadium eine ganz leichte Besserung eingetreten. Diese Aufträge stammen zum Teil aus dem Inlande, während der Eingang von Auslandsaufträgen in den meisten Branchen des Maschinenbaus nach wie vor ungenügend ist. Während allgemein wohl von einer kleinen Besserung der wirtschaftlichen Lage in der Metallindustrie gesprochen werden kann, trifft dies doch nicht ohne weiteres auf die Metallwarenindustrie und Eisenmechanik zu. Diese Firmen sind noch nicht wieder in der Lage, die infolge der früheren schlechten Geschäftslage entlassenen Arbeiter wieder in vollem Umfang einzustellen. In der Schuhindustrie hat das ausgebliebene scharfe Winterwetter den Absatz in den Detailgeschäften stark erschwert, zum Teil unbeständig gestaltet. In der Spielwarenindustrie mangelt es, a. B. an Aufträgen. Zahlreiche Betriebe haben bereits wieder Kurzarbeit angemeldet. In der Papier- und Pappeverarbeitenden Industrie ist die Beschäftigung in den letzten Wochen recht gut gewesen. Im Inlande hatte in der letzten Zeit eine lebhaftere Nachfrage nach Zellwolle und Pigmenten eingeleitet, die besonders der Prägeindustrie zugute kam. Durch die enormen Holzpreise sind die Papier- und Pappenpreise wieder im Steigen begriffen, wodurch sich der Export schwierig und unrentabel gestaltet. Die Zigaretten- und Rauchtobakfabrikation liegt nach wie vor über einem flauen Geschäftsgang. Es liegen vielfach zu niedrige Angebote an Waren vor, die in keinem Verhältnis zu den Materialpreisen stehen und nur damit zu erklären sind, daß größere Vorräte möglichst schnell wieder in Geld verwandelt werden müssen.

Reichsbanneritag in Reichenbach.

1. Sonntag des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ im Saas-Bezirk.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift der Bundesvorsitzende Kamerad Hering-Wagdeburg das Wort und führt u. a. aus: Die Mehrzahl der Wähler hat sich für Schwarzrotgold, für die Republik entschieden, trotzdem haben wir jetzt 6 Wochen nach der Wahl noch keine Regierung. Die untereinanderlichen Politiker der Deutschen Volkspartei tragen an den gegenwärtigen Zuständen die Schuld. Das Reichsbanner ist eine überparteiliche Organisation. Unsere Gegner greifen zur Gewalt, weil sie keine besseren Programme als die republikanischen Parteien hatten. Das NS. hat bewiesen, daß es mit besseren, mit geistigen Waffen, kämpft. Wir können, dürfen und wollen uns in seinem Fall in die Politik einmischen, denn an dem Tag, an dem wir dies tun, also viellecht Reichsbannerpolitik schreiben würden, ist das NS. erledigt. Wir werden von unseren Gegnern nicht erbittert und schmutzigste Beschimpfungen und Verleumdungen auf Personen nehmen, wir keine Notiz, wird aber die Organisation angenommen, dann werden wir uns wehren.

Es sei festgestellt, daß es in Deutschland keine Organisation gibt, die finanziell ärmer ist als das Reichsbanner, alles was vorhanden ist, durch eigene Kraft geschaffen. Unterstützungen oder Zuwendungen von Kongressen, Barma, u. a. hat das NS. nie bezogen, sein Mitglied des Bundesvorstandes kann kein Lohn von dem Parteiführer.

Das Reichsbanner ist bei den gegenwärtigen politischen Verhältnissen, noch ist die Republik nicht geklärt, eine Notwendigkeit. Der Gedanke des Reichsbanners muß in den Massen ein immer stärkeres Echo finden, um der Organisation überall feste Stützpunkte zu schaffen. Ueber die Tätigkeit des Bundesvorstandes berichtete Kamerad Meier-Birkau, am 4. Juni 1924 wurde das

NS. im Saas gesprochen, überall hat der Gedanke auf fruchtbaren Boden. Fortwährend steigt die Zahl der Ortsgruppen und der Mitglieder. Die Kameraden, die durch ihre Tätigkeit für das NS. Schaden leiden, werden von der eigenen Unterstützungskasse des Reichsbanner unterstützt. Die Arbeiten im Saas sind jetzt derart gewachsen, daß mit Unterstützung des Bundesvorstandes ein Bauverein für den Saas gegründet wird.

Der Kirchenkonflikt in der Lausitz.

Der Konflikt zwischen der Kirchengemeinde Königswartha und dem sächsischen Landeskonfistorium nimmt immer schärfere Formen an. Er erregt Aufsehen nicht nur in ganz Sachsen, sondern auch darüber hinaus, und ihm kommt insofern besondere Bedeutung zu, als es einerseits das erste Mal ist, daß eine Kirchengemeinde gegen die oberste Behörde geschlossen ihren Willen durchsetzt und als andererseits das Prinzip der Selbstbestimmung einer Gemeinde innerhalb der Volksgemeinschaft gefordert wird. Wie heute die Verhältnisse liegen, ist eine Einigung in dieser Frage nicht mehr möglich, vielmehr drängt alles auf den völligen Bruch hin. Die Kirchengemeinde hat in den letzten Wochen durch Abordnungen wiederholt Verhandlungen mit der Kreislandmannschaft als Konfistorialbehörde gepflogen und zuletzt mit Kreislandmann Dr. Richter selbst verhandelt, da sich aber die Meinungen schroff gegenüberstanden, und keinerlei Annäherung herbeigeführt werden konnte, sind die Verhandlungen restlos abgebrochen worden. Das Konfistorium will seinen Kandidaten demnächst trotz des Widerstrebens der Gemeinde einführen. Der Kirchenvorstand in Königswartha erklärt dazu öffentlich, daß dieser „bei der gegenwärtigen Stimmung der Gemeinde wenig fruchtbare Tage“ erleben werde. Diese ist bis zum Neujahr fest entschlossen und erkennt das Recht des Konfistoriums zur Besetzung ihrer Pfarrstelle nicht mehr an. Der Kirchenvorstand gibt heute die öffentliche Erklärung ab: „Die Abführung der Kirchensteuer wird gesperrt werden. Die Vollstreckungsbestrebungen sind bereits eingeleitet.“ Die Gemeinde trifft Anstalten, aus dem landeskirchlichen Verbandsausgängen. Die vier preussischen Gemeinden Dornsdorf, Weißig, Steinig und Wartha, die mit zu der 18 Ortsteile umfassenden Kirchengemeinde Königswartha gehören, drohen mit Wählung von der Parochie. Als man es dem Konfistorium vorgestellt habe, ist von hoher Stelle aus erklärt worden: „Dann treten eben aus und baut von neuem!“ Bestimmt hat es innerhalb der Gemeinde, daß das Landeskonfistorium dem Kandidaten des Kirchenvorstandes, Rittke, unterlag, und daß dafür Königswartha ein Kandidat zu bestimmen geistliche Amtshandlung dort vorzunehmen, und daß es diesen wendisch sprechenden Kandidaten nach Kanitz bei Kletza überbringt hat, wo die wendische Sprache gar nicht in Frage kommt, und daß dafür Königswartha ein Kandidat zu bestimmen soll, der die wendische Sprache nicht beherrscht. Bemerkenswert ist, daß Wenden und Deutsche in dieser Frage vollständig einig sind. Der Kirchenvorstand erklärt weiter öffentlich, daß die gesamte Presse durchaus guttunend und zuverlässig über die Ereignisse berichtet hat. Es sind ihr zahlreiche Sympathieausdrücke aus anderen lausitzer Kirchengemeinden zugegangen, die ihr bestätigen, daß sie mit ihren Forderungen nach Selbstbestimmungsrecht auf dem rechten Wege ist.

Evangelische Arbeitervereine. Die Evangelischen Arbeitervereine Sachsens hielten am Sonntag in Dresden eine aus allen Teilen des Landes gebildete Vorstandskonferenz ab, in der eine Zusammenfassung aller Vereine beschlossen und eine einheitliche Vertretung geschaffen wurde. Zum Schluß wurde zu der Räumungfrage der Kölner Zone folgende Entschliessung gefaßt: „Die Evangelischen Arbeitervereine Sachsens nehmen mit Entrüstung Kenntnis von dem Vorgehen der Exzente und protestieren energisch gegen die Verletzung des Versailleser Vertrages. Sie sind mit vielen deutschen Brüdern der Meinung, daß die Regierung alle Maßregeln ergreifen muß, um das dem deutschen Volke zugesagte Unrecht wieder gutzumachen.“

Kunst und Wissenschaft.

Furtwängler bleibt in Leipzig. Aus Neuyork wird berichtet: Furtwängler hat seine Berufung an die Wiener Staatsoper abgelehnt. Er bleibt auf seinem Posten als Dirigent der Gewandhauskonzerte in Leipzig und wird auch seine Tätigkeit in Berlin fortsetzen.

„Viel Freude und Segen haben Sie an Wajlow nicht erlebt. Der junge Herr ist kein Landwirt und aus bauer Vangewelle ist er ein Spieler. Das frisst die Frucht vom Felde weg, ehe sie reif ist. Und dann die Sache mit dem Frauenzimmer! Seltdem haben sein Vater und seine Mutter Wajlow nicht mehr betreten und der alte Herr soll sich ja rein zu schanden gegahnt haben.“

„Wissen denn das Torachen nicht?“ fuhr sie auf deren Nachfrage fort, „der junge Herr hat sie mal von einer Heise mitgebracht und die regert ihn und das ganze Haus. Er sollte betreten, seine Eltern wünschen es so sehr. Sie hatten ihn auch schon eine gute, standesgemäße Partie ausgeführt, da machte er ihnen diesen Schick durch die Rechnung. Seltdem hat es immer Unfrieden gegeben.“

Der Abschied von der Kranken war sehr traurig. Auguste brach in Weinen und Beschlagen aus und wollte sich gar nicht trösten lassen. Dora redete ihr gut zu und versprach wiederzukommen und äußerte ihre Besorgnis, daß sie doch bei ihren Kindern wohlüberlegt sei.

Dora hatte dann eine lange gefühlte Unterredung mit Pastor Seibert in der Kathener Pfarre, wo sie mit der alten großen Herrlichkeit ausgenommen wurde. Sie fand dort alles beim alten, nur sehr gealtert und grau geworden schien ihr das Ehepaar. Beide dankten ihr innig für die Aufmerksamkeit, die Raemi in ihrem Hause gefunden. Der Pastor meinte, daß ihr Einfluß sich wohlthuend fühlbar mache. Raemi sei wichtiger und zufriedener geworden und Frau Pastor sagte mit einem Seufzer: „Ja, sie ist ein unruhiger Geist, Gott weiß, wo sie das her hat. Sie hält es hier bei uns in der Stille nie länger als ein paar Wochen aus.“

Ueber Felga und Karo sprach Dora sehr ernst und sorgenvoll. Der alte Pastor bat, ob nicht Dora auch auf ihren eigenen Mann etwas aufpassen sollte.

Sport und Spiel.

Generalversammlung der Fußballabteilung des Sportvereins Germania e. V. Aus im Restaurant Stadtbrauerei am 9. Januar 1925. Die Leitung der Generalversammlung lag in den Händen des althergebrachten Vorsitzenden A. Strobel und wurde von ihm mit den herzlichsten Begrüßungsworten eröffnet. Der Kreis der erschienenen Mitglieder zeigte davon, daß auch allgemein großes Interesse an der Arbeit des Gesamtvorstandes gezeitigt wird. Ein Rückblick durch den Vorsitzenden auf das alte Geschäftsjahr gab allen die frohe Erkenntnis eines Aufwärtsstrebens der gesamten Abteilung, verbunden mit der besten Harmonie innerhalb des Gesamtvorstandes und einmütiger Zusammenarbeit desselben, als auch mit den Mitgliedern. Erfreulicher Weise steigerte sich die Zahl der Mitglieder, ganz besonders innerhalb der Jugendbewegung und die Eintragung desselben bewirkt. Die Erledigung der Kassengeschäfte, welche bisher in den Händen des umsichtig waltenden Kassierers R. Ungelm lag, war als günstig zu bezeichnen. Der antretende Vorsitzende dankte jedem einzelnen Mitglied für die geleistete unermüdbare Arbeit und trübte daran den Wunsch, daß diese Sportfreunde auch weiterhin der Abteilung erhalten bleiben möchten. Die Abteilungsarbeiten wurden in 10 Monatsversammlungen, 2 außerordentlichen, 18 Vorstand- und 48 Spielausschüssen erledigt. Außerordentlich begrüßenswert ist die im vergangenen Jahre abgeschlossene Unfallversicherung für sämtliche sich aktiv beteiligende Mitglieder. Von großer Bedeutung ist es, daß auch in der Abteilung die Leichtathletik festen Fuß gefaßt hat und es ist in der Hauptsache das Verdienst des Herrn Dr. Peger, der der Leiter der Leichtathletikabteilung des Gesamtvereins ist. Bei dem Bericht über das Schiedsrichterverfahren gedachte der Vorsitzende auch des verstorbenen Sportfreundes Ernst Köber und die Versammlung erhob sich ihm zum ehrenden Gedenken von den Plätzen. Die Neuwahlen ergaben folgendes: 1. Vorsitzender A. Strobel, 2. Vorf. G. Müller, Geschäftsführer F. Salzer, Schriftführer A. Böbel, Kassierer R. Ungelm, Pressewart W. Dehme. Als Beisitzer für den Spielausschuß amtierten in diesem Jahre: G. Richter, P. Jungmann, W. Graf, R. Klein, Jugendausschuß: G. Müller, Dr. Grändig und R. Baumann. Kartothekführer: R. Korb. — Nach erfolgter Berichterstattung seitens des Vorsitzenden Strobel wurde demselben für seine jederzeit umsichtige, bewährte Führung gedankt. Die Abteilung wird nun im kommenden Jahre in der Lage sein, die Platzanlage so fertig gestellt zu haben, damit dieselbe ihrer endgültigen Bestimmung übergeben werden kann. Der Vorsitzende appellierte an weitgehendste Unterstützung seitens der Mitglieder bei den zu erledigenden Arbeiten und schloß damit die Hoffnung, daß auch im kommenden Jahre ein erdreichliches Arbeiten erreicht werden möge, zum Wohle des gesamten Vereins als auch der Sportbewegung im Allgemeinen und er schloß mit den Worten: „Vorwärts immer — Rückwärts nimmer!“

Wachstumsfreiheit für Turn- und Sportplätze in Stuttgart. In Anerkennung der Bedeutung, die den Turn- und Sportvereinen auf dem Gebiet der Erziehung und körperlichen Erhaltung des Volkes zukommt, beschloß der Stuttgarter Gemeinderat, die der Stadt gehörenden Turn- und Sportplätze den Vereinen zunächst versuchsweise auf ein Jahr unentgeltlich zu überlassen. Der Beschluß ist zurückzuführen auf die Bemühungen des Stadtverbandes für Volkssportvereine sowie auf eine Protestversammlung der Volkssportvereine treibenden Vereine gegen die zu hohe Bemessung der Pachtsummen. Das Beispiel Stuttgart sei allen Gemeindeverwaltungen zur Nachahmung empfohlen.

Die Vorleser der Kinder für Butterbrote ist nicht so unvernünftig und schädlich, wie viele Mütter meinen. Eine fett betrichene Weißscheibe enthält im Verein mit etwas Öl, einem Apfel oder einer Apfelsine alle Nährstoffe, die der menschliche Körper für Aufbau und Erhaltung braucht. Geben Sie den Kindern also ruhig Butterbrot; die Einführung der Feinstkornmargarine „Schwan im Mandant“ ermöglicht den bescheidenen Luxus die beschränkten Frühstücksbrote. Für billigen Preis wird mit ihr ein Butterbrot von höchster Vollendung auf den Markt gebracht. Beim Einkauf von je einem Pfund der Mandant-Margarine erhalten Sie unentgeltlich die farbig illustrierte Wochenchrift „Die Mandant-Woche“.

Wünne, er sei auf einem unheilvollen Wege, es Wünne kein gutes Ende nehmen.

In der Ecke mit Auguste Stöweband geriet der gute alte Herr in schmerzliche Aufregung. Er sagte seinen weißlockigen Kopf mit beiden Händen, tief in der Stube umher und schätzte: „Herr, Herr, wie sind deine Wege dunkel! Wie ist doch die Sünde so groß in der Welt und wie sollen wir es je begreifen, daß du solches zulässt?“

Die Töchter liefen ihm über die Wangen, als er erzählte: „Torachen, wenn Sie miterlebt hätten, wie unser Junge, unser Wajlow, der doch damals nur ein Kind war, hier in dieser Stube hgr mir stand, tapfer wie ein Mann und die Wahrheit forderte, warum seine Mutter ins Wasser gegangen und warum ihm Wajlow genommen werden sollte, Sie würden verstehen, daß ich damals in kurzer Zeit alt und grau wurde. Und als ich ihm mit der größten Schonung das Unvermeidliche mitgeteilt, da blieb der Junge aufrecht. Nur tolemlas war er, als er sagte: Wajlow Wünne sie mir nehmen, aber die Liebe zu meiner Mutter kann mir niemand nehmen. Und dieses gute Wort wird ihm Segen bringen für und für, wie auch ihr, der Mutter viel, ja alles verzeihen wird, denn sie hatte die Liebe im Herzen, die noch größer ist als Glauben und Hoffen und ohne die auch die Tugendhaftesten nichts sind als tödend Erz und eine klingende Schelle.“

Und dann riet ihr der alte Mann, eine Abschrift von Auguste Stöwebands Bekenntnis sofort an Wajlow zu schicken und es ihm zu überlassen, was er zu tun für gut befände. Sie Wünne beide überein, bis dahin gegen jedermann zu schweigen.

„Frau Stöwebands Leben zählt noch Tagen, viel, leicht noch Stunden, wie ich heute vom Arzt gehört, ich werde noch heute abend zu ihr fahren.“ sagte der Pfarzer. —

(Fortsetzung folgt.)

nicht logisch war ein gläubiger Winterreservert die So vielteil sprache... (The text continues vertically down the right margin, partially cut off by the page edge.)

Die Frage, obkommen wir Winterweisse, die jetzt wohl nicht selten aufsteigt, beantwortet der Vorstand des meteorologischen Instituts in Wien wie folgt: Das Prophezeien ist zwar eine unbandbare Sache, aber mit aller Einschränkung glaube ich behaupten zu können, daß wir einen eigentlichen Winter nicht mehr bekommen werden. Dazu ist auch die Jahreszeit — in den jetzt länger werdenden Tagen wirkt sich auch die Sonnenwärme schon mehr aus — zu weit vorgeschritten. Vielleicht gibt es noch einen strengen Nachwinter, aber ausgesprochenes Winterweisse sicher nicht mehr.

Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Am 10. Januar 1925 (Schonfrist 17. Januar) sind Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer fällig. Vorauszahlungspflichtig sind: 1. alle Gewerbetreibenden und zwar a) die Monatszahler für die Betriebsrechnungen im Monat Dezember 1924, b) die Vierteljahrszahler für die Betriebsrechnungen in den Monaten Oktober, November und Dezember 1924; 2. Personen, die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 Einkommen bezogen haben a) aus Vermietung und Verpachtung, b) aus freiem Beruf und anderer selbständiger Arbeit, c) aus sonstigen Einkünften; 3. Lohnsteuerpflichtige, wenn sie in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1924 nur Arbeitslohn von mehr als 2000 M-Mark oder Arbeitslohn und Einkünfte der unter 2 bezeichneten Art von zusammen mehr als 2000 M-Mark bezogen haben. Die Ziffern 1 und 2 gelten auch für Körperschaftsteuerpflichtige. Für die Vorauszahlungen gelten die Vorschriften der 2. Steuernotverordnung und der dazu erlassenen Durchführungsbestimmungen. Durch die zweite Verordnung des Reichspräsidenten über wirtschaftlich notwendigen Steuermitteilungen vom 10. November 1924 sind die nach dem Umsatz oder dem Vermögen bemessenen Einkommensteuervorauszahlungen der Gewerbetreibenden erstmalig für den Monat Dezember um ein Viertel ermäßigt worden; bei Gewerbetreibenden, die ihre Vorauszahlungen nicht monatlich, sondern vierteljährlich leisten, ist die Vorauszahlung für das vierte Kalendertrimester 1924 um ein Drittel von einem Viertel, also um ein Zwölftel ermäßigt worden.

Inszenur- oder Saisonausverkäufe, die in der Ankündigung als solche bezeichnet werden und im ordentlichen Geschäftsverlehe üblich sind, unterliegen im Regierungsbezirk Bismarck keiner polizeilichen Anmeldepflicht. Es sind aber folgende Bestimmungen zu beachten. Niemand darf in einem Kalenderjahr mehr als zwei derartige Ausverkäufe veranstalten. Nur einer von ihnen darf als Inventurausverkauf bezeichnet werden. Sie sind nur in der Zeit vom 1. Januar bis mit 15. Februar und vom 1. Juli bis mit 15. August gestattet. Sie dürfen einen Zeitraum von je 14 Tagen nicht überschreiten. Die Bestimmung des Beginns des Ausverkaufs innerhalb der angegebenen Zeit bleibt dem Verkäufer überlassen.

Das Recht auf das „G“. Viele der deutschen Vornamen sind aus anderen Sprachen übernommen, ohne daß dies den Trägern des Namens zum Bewußtsein kommt. Bismarck gibt es aber Personen, die großen Wert darauf legen, die Ursprünge ihrer Namen urkundlich zu klären. Nach einer Entscheidung des Landgerichts Stuttgart können sie verlangen, daß alle Urkunden, die entgegen der Geburtsurkunde den Vornamen mit dem Buchstaben „K“ statt „G“ schreiben, berichtigt werden. Es können somit alle Kurts, Karis, Katharinen usw. entsprechende Anträge stellen.

Erzgebirge und Sachsen.

Geyer. Erst Dynamitfabrik, dann Erholungsstätte. Das Grundstück der Erzgebirgischen Dynamitfabrik, das auf Formersdorfer Flur bei Geyer liegt, ist durch Kauf auf den Bezirksverband der Amtshauptmannschaft Stollberg übergegangen. Der Bezirksverband errichtet auf dem Gelände eine Amdenwaldberolungsstätte.

Chemnitz. Eine Frau tödlich überfahren. Mittwoch vormittag wurde beim Ueberfahren der Volkstraße in der Nähe der Rathausstraße die Tischlerwitwe Händel von einem Personenauto angefahren, umgerissen und überfahren. Ein herbeigekommener Arzt konnte nur noch den inzwischen eingetretenen Tod infolge schwerer innerer Verletzungen feststellen.

Rehewein. Städtisches. Die Entwicklung der Wasserwerkversorgung wird unsere Stadt in naher Zukunft vor entscheidende Fragen stellen. Der Bau einer Eisenbahnunterführung hinter dem Güterbahnhof und einer dritten großen Müllendrücke wurde von den Stadtverordneten beschlossen. An Stelle des sozialistisch-kommunistischen Stadtverordnetenpräsidiums im Jahre 1924 wurde für das laufende Jahr ein bürgerlich-sozialistisches Präsidium ernannt.

Verdan. Neubau eines Finanzamts. Das hiesige Finanzamt ist gegenwärtig in unzureichenden Räumen eines Privathauses und im Amtsgericht untergebracht. Zur Beseitigung dieses Uebelstandes wird der Neubau eines Finanzamts ausgeschrieben, wozu im Reichshaushalt 1925 der Betrag von 185 000 Mark vorgesehen ist. Das neue Finanzamtgebäude soll in der Nähe der Amtshauptmannschaft am Schloßplatz errichtet werden.

Dresden. Aufdeckung eines neuen Raubmordes. Seit 1. Januar d. J. wurde der Arbeiter Finger in Dresden vermisst. Nach Angaben seines Sohnes hatte er sich am 1. Januar morgens nach Baugen zum Abschluß eines Pferdegeschäftes begeben. Die Dresdener Kriminalpolizei nahm sofort die Erörterungen auf, die folgendes Ergebnis hatten. In Baugen wurde Finger von dem Schloffer Müller und dessen Bruder auf dem Bahnhof in Empfang genommen. Seitdem fehlte zunächst jede Spur von ihm. Die Gebrüder Müller erklärten bei ihrer Vernehmung, keinerlei Angaben über den Aufenthalt des Finger machen zu können. Nach ihrer Behauptung sollte Finger allein in der Richtung nach Böhlich weitergefahren sein. Nach einem in Dresden ausgegebenen Brief entstand der dringende Verdacht, daß die Gebrüder Müller den vermissten Finger unter dem Vorwand eines Pferdegeschäftes nach Baugen gelockt hätten, um ihn zu ermorden und zu berauben. Dieser Verdacht hat sich leider bestätigt. Auf Vorhalt der in Dresden getroffenen Feststellungen hat Alfred Müller jetzt zugestanden, den Finger an einer Sandgrube bei Tellen ermordet und beraubt zu haben. Er wurde darauf sofort an dem von ihm bezeichneten Tatort gefaßt, wo die Leiche des Finger in einem Sandloch vergraben aufgefunden wurde. Sie wies einen Schuß im Hinterkopf und einen im Gesicht an der Nase auf. Uhr und Briefertasche fehlen. Den Revolver will Alfred Müller nach der Tat in den sogenannten Woldtisch geworfen haben. Inwieweit der gleichfalls verhaftete Bruder des Mörders an der Tat beteiligt ist, wird noch geprüft.

Christliche Elterntagung in Dresden.

Erfolgreiches, sachliches Zusammenarbeiten. In Dresden fand am Sonntag eine christliche Eltern-Tagung des Landesverbandes christlicher Elternvereine Sachsens statt. Verbandsvorsitzender Landgerichtsrat Dr. Gering (Weipitz) sprach über Eltern-, Staats- und Lehrerverhältnis an der christlichen Bekenntnisschule. Er führte u. a. aus, daß die evangelischen Eltern auf dem Boden der Staatschule ständen. Die Befehle des Staates müßten in der Schule angewandt und die Staatsautorität anerkannt werden. Aber auch die Eltern müßten einen Einfluß auf die Schulen haben, die jetzt in Wahrheit nur Lehrerschulen seien. Ein Hemmnis sei, daß der Staat den Eltern neben dem Schulzwang auch noch den Bezirkszwang auferlege. Dadurch seien diese gezwungen, ihre Kinder in Schulen zu schicken, in denen Lehrer unterrichten, denen sie aus irgendwelchen Gründen kein Vertrauen entgegenbringen können. Wohl war es bisher gelungen, einen Schulstreik zu vermeiden, aber ob es auch später gelingen werde, sei nicht vorauszusagen. Die christliche Elternschaft werde das rechte Maß einzuhalten verstehen und sich von Ueberforderungen fernhalten. Aber Staat und Lehrerschaft wüßten auch die Elternschaft nicht zwingen, ihre Kinder in eine Schule zu schicken, die ihnen nicht genehm sei. Auch mit den vorgeordneten Bezirkschulämtern wüßten sich die christliche Elternschaft nicht einverstanden erklären. Politik gehöre nicht in die Schule und deshalb seien die Bezirkschulräte als politische Beamte nicht angebracht. Wussten müßte sein, aber die Bezirkschulräte müßten ihres politischen Charakters unklar werden. Ein inniges Zusammenarbeiten zwischen Staat, Lehrerschaft und Elternschaft müsse angestrebt werden. Das könne dadurch geschehen, wenn an die Spitze einer jeden Schule ein kleines Kollegium gestellt werde, in das zwei oder drei Vertreter der Eltern- und Lehrerschaft gewählt würden und an deren Spitze ein Direktor zu setzen sei, den der Staat ernenne, dessen Mitwirkungsrecht damit gesichert sei. Eine solche Einrichtung würde die christliche Elternschaft demüthigen.

Neues aus aller Welt.

Spelischelungen in Halle. Direktor Reich von der Darmstädter Bank nach Holland geschickt.

Halle, 14. Januar. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde in diesen Tagen der in Dienitz wohnende Schnapsfabrikant Rutschke, der in der erklundenen Halleischen Gesellschaft, im „Halleischen Klub“ und in den nationalistischen Kreisen eine große Rolle spielte, verhaftet. Rutschke war der Hersteller des Schnapses „Stahlhelmtröpfchen“. Der Verhaftete der früherer Musiker war, hatte durch falsche eidesstattliche Versicherungen die Zollbehörden getäuscht und den Staat um ungeheure Summen betrogen. Die Ware wurde von der Berliner Spiritusfirma Weber bezogen. Statt des regulären Preises von 4 Mark zahlte Rutschke nur 0,80 Mark pro Liter. Die Fässer, in denen die Ware angeliefert wurde, wurden mit einer falschen Auszeichnung versehen. Trotzdem in Halle die nicht einwandfreien Geschäftspraktiken Rutschkes bekannt waren und man in den Kreisen der Geschäftswelt allerlei munkelte, gab die Diskontobank dem Schieber doch einen bis in die Hunderttausende gehenden Kredit.

Dem ehemaligen Direktor der Darmstädter Bank, Reich, wird Beteiligung an den Schwimdelteilen Rutschkes, die ihm gute Provisionen einbrachten, vorgeworfen. Er ist nach Holland geschickt. Interessant an der Angelegenheit ist die Tatsache, daß Rutschke zu einer Zeit Kredite bekam, in der die Banken andern Halleischen Geschäftsleuten, die erste Sicherheiten zu bieten in der Lage waren, jeden Kredit ablehnten.

Ein Dollzeloffizier als Raubmörder.

Die Rudolstädter Polizei arbeitet an der Aufdeckung eines Raubmordes. Bei der Polizei war eine Anzeige eingelaufen, daß der Großhändler Franz Rodella seit zwei Tagen vermisst würde. Gleichzeitig wurde der Polizei aus Gempel gemeldet, daß dort die Donau Kleidungsfabrik und verschiedene menschliche Körpertheile anverkauft habe. Die Kleider wurden als Eigentum Rodellas erkannt und gleichzeitig festgestellt, daß der Gendarmmajorberisauant Gustav Geberer dessen Frau und sein Brauer, das Brauhaus des Nationalbank Alexander Geberer, in der beschlossenen Nacht mit mehreren Koffern in Gempel erschienen waren, deren Inhalt sie in die Donau warfen. Dem Stadtschlichter sagten sie, sie hätten den Kadaver ihres Volkshundes in die Wellen geworfen. Als drei wurden verhaftet. Anfangs leugneten sie die Tat, später gestand die Frau, Rodella, ein alter Bekannter ihres Mannes, habe in ihrer Wohnung gegen sie ein unsittliches Verbrechen begangen wollen. Ihr Mann habe sie überredet und ihr in seiner Eifersucht mit dem Messer den Kopf, Hände und Füße abgehauen, den Stumpf verpackt und die Leichenteile in Koffer verpackt, um sie ins Wasser zu werfen.

Schwers Elektrotechniker. Heidelberg, 18. Januar. Bei den Reparationsarbeiten hat sich in der Nähe vom Schwandenheimer Hof bei Heidelberg beim Bau eines Kraftwerks ein schweres Unglück ereignet. Mehrere Arbeiter waren damit beschäftigt, eine Maschine nach einem anderen Orte zu bringen. Dabei kamen sie mit der elektrischen Starkstromleitung in Berührung. Vier Arbeiter wurden durch den elektrischen Schlag sofort getötet, ein fünfter wurde durch Brandwunden schwer verletzt.

Ein fettes Kavaliershonorar. Der Mordprozeß von Chicago, in dem die beiden Millionärsöhne Leopold und Loeb zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden sind, ist noch in allgemeiner Erinnerung. Aus wird von dort gemeldet, daß einer der Beteiligten der beiden jugendlichen Verbrecher, Dr. Clarence Darroin, soeben vom Gerichtshof in Chicago die Erlaubnis erhalten hat, sein Kavaliershonorar in Baden Neuchâtel und Leopold einzugehen. Die Liquidation lautet auf die hohe Summe von 120 000 Dollars.

Turnen, Sport und Spiel.

Deutsches Radport-Museum. Der Bund Deutscher Radfahrer hat es sich zur Aufgabe gemacht, den ganzen Überbegriff des Fahrradportes und des Fahrradverkehrs lädenlos in einem „Deutschen Radport-Museum“ zusammenzufassen. Es ist aber dabei auf die Unterstützung weitester Kreise angewiesen und bittet daher alle, die in irgendeiner Form zur Verwirklichung dieses großzügigen Wertes beitragen können, sich mit dem Vorstand des Bundes in Verbindung zu setzen. Das „Deutsche Radport-Museum“ soll enthalten: 1. eine lädenlose Darstellung der verschiedenen Typen des Fahrrades von der Laufmaschine bis zur Gegenwart; 2. die Entwicklung einzelner Bestandteile: Reifen, Lager, Sättel, Laternen usw.; 3. die Entwicklung der radportlichen Literatur und Kartographie; 4. interessante Dokumente, die sich auf den Radport beziehen und für ihre Zeit charakteristisch sind; 5. Material zur Charakterisierung der verschiedenen Arten des Radportes: Wanderfahren, Rennen, Saasport usw.; 6. aus der Arbeit des Bundes Deutscher Radfahrer; 7. bildliche Darstellung aus allen Phasen des Radportes.

Letzte Drahtnachrichten.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 14. Jan. Die deutsche Delegation für die Wirtschaftsverhandlungen behandelte heute nachmittags mit der französischen Delegation über den vor 2 Tagen ihr unterbreiteten Vorschlag, der zum Abschluß eines kurzfristigen Handelsvertrages führen soll. Die deutsche Delegation erklärte sich bereit, zu dem von der französischen Delegation am 12. Januar überreichten Vorschlag Stellung zu nehmen. Gleichzeitig übergab sie der französischen Delegation neue deutsche Gegenanschläge. Der Handelsminister Raynaldy hat sich eine Sedenheit von 2 Tagen ausbedungen, um die französischen und die deutschen Vorschläge zu prüfen.

Paris, 14. Jan. Die Agence Havas verbreitet über die heutige Sitzung der beiden Handelsvertragsdelegationen folgende Mitteilung: Die deutsche Handelsdelegation hat der französischen heute nachmittags Gegenanschläge unterbreitet, die nach der ersten Prüfung nicht unannehmbar erschienen. Die französische Delegation hat 48 Stunden Zeit gefordert, um diese Gegenanschläge gründlich zu prüfen. Am Freitag um 3 Uhr werden die Delegationen eine neue Sitzung haben. Die französische und die deutsche Regierung seien übereingekommen, daß solange die gegenwärtig in Gang befindlichen Besprechungen andauern, aber das sozialistische Regime, das für beide Länder anzuwenden sei, keine neuen Maßnahmen getroffen werden. Die französischen und deutschen Zolltarife würden daher bis auf weiteres nicht abgeändert. — Wie hierzu der Vertreter des R.A.D. erklärt, ist tatsächlich über die Frage der Zolltarifänderung der gegenseitig günstigen Karte für eine kurze Frist gesprochen worden aber unter der Voraussetzung, daß eine Grundlage für den Abschluß eines Handelsvertrages gefunden wird. Da aber hierüber eine Einigung noch nicht erzielt ist, kann natürlich über die Frage eines derartigen Zolltarifabwandes nichts bestimmt werden sein.

Typhus in Weihenfeld.

Weihenfeld, 15. Januar. Hier ist eine Typhusepidemie ausgebrochen, die auf den Genuss von durch Typhusbakterien verunreinigter Milch zurückzuführen ist. 49 Personen sind erkrankt, von denen 2 — nach einer anderen Meldung 5 — gestorben sind.

Krecher Raubüberfall in Berlin.

Berlin, 14. Januar. In die Räume des Beamtenwirtschaftsvereins in Tempelhof drangen heute abend mit Revolver ausgerüstete maskierte Männer ein und zwangen die dort mit dem Aufrechnen der Tageskasse beschäftigten, völlig überraschten Angestellten, 3 Männer und 1 Frau, sich an die Wand zu stellen. Während 2 Räuber die Angestellten bewachten, plünderte der dritte die Tageskasse, die 8000 Mark bares Geld enthielt und füllte 3 mitgebrachte Rucksäcke mit Lebensmitteln. Nachdem die Räuber dann die Tür verschlossen und mit einer Eierhandgranate gesichert hatten, flüchteten sie. Erst geraume Zeit später hörte der Wächter die schwachen Hilferufe, worauf die Angestellten befreit wurden. Die so fort angestellten Ermittlungen der Kriminalpolizei haben noch zu keinem Ergebnis geführt.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Arthur Herrfurth. Druck u. Verl.: Neue Druck- u. Verlags-Gesellschaft, m. b. H., Aus.

Billige Lebensmittel. Frische Tafelmargarine . Pfund-Würfel 63 ¢. Kokosfett „Kunero“ . Pfund-Tafel 73 ¢. Weizenmehl 70% Ausbackung mit . 5 Pfund 100 ¢. Macaroni, feinste Hartgrieß. Pfund-Paket 56 ¢. Zucker, gemahlen 3 Pfund 95 ¢. Viktoria-Erbsen Pfund 20 ¢. Weizengrieß, fein Pfund 28 ¢. Grünkraut Pfund 28 ¢. Schottische Fettheringa 3 Stück 35 ¢. Haushalt-Kakao, 1/4 Pfund-Paket 2 Pakete 45 ¢. Speise-Schokolade 100gr-Tafel 25 ¢. Kokoslocken 1/4 Pfund 45 ¢. Billige Waschmittel. Kernseife, ca 62% Fettgehalt, 200-Gr.-Riegel 3 Riegel 50 ¢. Weichkernseife 2-Pfund-Riegel 100 ¢. Toilettenseife, versch. Blumengerüche . 10 Stück 95 ¢. Buttermilchseife, Spreewaldlerin . 6 Stück 100 ¢. Kaufhaus Schocken.

Einige Beispiele meiner Leistungsfähigkeit.

Bitte um Schaufensterbesichtigung.

Inventur = Ausverkauf

vom 15. bis 22. Januar 1925

Damenhemd mit Hohlraum, 100 cm lang	1.30	3 Wachtücher, groß, rot kariert	95
Damenunterhülle mit breiter Stickerei	95	Einsatzhemden, la Masco mit Ripabrüst	2.35
Damennachthemd, volle Länge	3.95	Scheuerschürzen, gestreift	1.25
Prinzeßrock für Mädchen, 80 cm lang, mit hübscher Stickerei	2.25	3 bunte Herrentaschentücher	75
Kinderjäckchen, gestrickt	55	3 Staubtücher, goldgelb, groß	85
3 Erstlingshemdchen, gute Qualität	95	Maschinenswirn, 4 fach, 1000 m Holzrolle	85
Normalhemden, wollgemischt, mit doppelter Brust	2.95	3 Knäuel Wiebelgarn	15
Barchentrock für Damen, la Ware	2.65	3 Haarnetze, 1 Paket Haarnadeln	25
		6 Sterne Zwirn, schwarz und weiß	15
		Windelstoff, rot kariert	88

Meinzer, Aue, 21 Wettiner- 21 straße

Herzlichen Dank

lagen wir allen denen, die uns bei dem Brandunglück in so aufopfernder Weise und unter eigener Lebensgefahr so hilfreich zur Seite standen und uns vor noch größeren Schäden behütet haben.

Arno Seltmann
und Hausbewohner.
Schneeberger Straße 24.

Restaurant Stadtbrauerei, Aue.

Freitag, den 16. Januar 1925
Schlachtfest,
verbunden mit Antritt eines
hochfeinen Bockbieres.
Mittag 12 Uhr Weißbier, später das Liebliche.
Sonabend, Sonntag u. Montag, den 17., 18. u. 19. Jan.

**Fortsetzung des
Bockbierauschanks.**
Hierzu loben ganz ergebenst ein
Ernst Kühner u. Frau.

Rechenhaus Bodau.
Freitag, den 16. Januar
groß. Schlachtfest
Sonabend, den 17. Januar
Bratwurstschmaus
Hierzu ladet freundlichst ein
Wilbert Eiper u. Frau.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“
Ortsgruppe Aue.**
Freitag, den 16. Januar abends 8 Uhr im
Restaurant Brauerei
Generalversammlung.
Alle Mitglieder werden hiermit eingeladen.
Der Vorstand.

Ostermädchen
sowie
Arbeiterinnen und Heimarbeiterinnen
zum sofortigen Antritt sucht
Herrenwäschefabrik J. Sinn, Aue.

**Oberhemden-Plätterinnen,
Maschinen-Plätterinnen,
sowie einige Ostermädchen**
suchen für bauernde, sehr
gut lohnende Beschäftigung
**Ebert & Ropp, Löbnitz
am unteren Bahnhof.**

Drucksachen aller Art
liefert schnell und in bester Ausführung
die Buchdruckerei des Auer Tageblattes.

Frische Gänse

eingetroffen. Bratfertig, auch pfundweiser Verkauf.
Das Pfund 1.40 Mk.
Ein Posten
lebende Hühner
Stück 4.— Mk.
Frische Trink-Eier.

Paul Fischer, Aue, Reichstr. 3.

Speise = Quark
empfiehlt billigt
Fritz Drechsler, Wettinerstraße 36.

Gritzner
Lager-AUE, Oststrasse 35.
Robert Morgner
Nähmaschinen- und
Fahrzeug-Handlung
Telefon 641.
Günstige Zahlungsbedingungen.

**Haus- und Küchen-
geräte jeder Art!**
Emallirte Schiller. Aussehen wie neu.
Kupferne
Kochgeschirre.
Große Auswahl.
Billige Preise.
Neubelt:
Email. Kinder-
badewannen.
Gustav Biehweger
Wettinerstraße 27.

Automobile
4/20 PS. Pluto-Sportzweiziter
3/24 PS. Brennabor - Vierziter
3/24 PS. Brennabor - Lieferwagen
mit Kastenaufbau 750 kg. Nutzlast
5 to Hansa-Lloyd-Schnell-Lastwag.
8 to Hansa-Lloyd-Lastkraftwagen
4 to Hansa-Lloyd-Lastkraftwagen
Sämtliche Fahrzeuge fabriken, sofort ab Zwickau
lieferbar.
Besichtigung erbeten. — Vorführung bereitwilligt.
**Fritz Schreiber,
Zwickau.**
Breithauptstraße Nr. 15. — Fernruf Nr. 2158.
Generalvertreter der G. D. A.
Gemeinschaft Deutscher Automobilfabriken.
(N. A. G.-Hansa Lloyd-Brennabor-Hansa).

**Der sprichwörtliche
Appetit der Jugend**
Ist immer auf Butterbrot ge-
richtet. Die Feinbrotmargarine
„Schwan im Blaiband“
kocht im stillen, durch ihren
hohen Nährwert ist sie den
Kindern besonders zuträglich.
Preis 50 Pf. das Halbpfund
in der bekannten Packung.



**Schwan im
Blaiband** frisch
geküht

Wir bitten, beim Einkauf von „Schwan im Blaiband“ dem farbigen
Illustr. Familienblatt „Die Blaiband-Woche“ genau zu folgen.

Apollo-Lichtspiele

Aue, Bahnhofstraße.

Heute Donnerstag bis Sonntag, den 15. bis 18. Januar
Fortsetzung des großen amerikanischen Sportfilms
Der Boxerkönig von New York
3. Teil: „Von Sieg zu Sieg“
Schauspiel in 6 Akten.
Die Abenteuer des jungen Weltmeisters in England, wo er im Kampf
mit dem englischen Champion wiederum als Sieger hervorgeht.
Auf der Ueberfahrt an Bord des Ozeandampfers lernt er Dolores, eine
Dame der Gesellschaft, kennen, die sein Schicksal bedeuten wird.

Hierzu erscheint aus dem Ufa-Verleih der berühmte, kleine
Filmdarsteller
Jacki Coogan
in dem 5aktigen Film-Schauspiel
Jacki, der tapfere kleine Held
Erliebisse eines Waisenknaben und seines klugen treuen Freundes
„Queenie“, der ihm in keiner Notlage verläßt.
Außerdem: die amerikanische Grotteske in 2 Akten
„Chaplin als Pfandleiher“
in der Hauptrolle Charli Chaplin.
Beginn für Erwachsene Wochentags 6 u. 1/2 Uhr. Sonntag ab 4 Uhr.
Gute sinngemäße Begleitung der Filme durch
unser gut eingespieltes Künstler-Trio.

Hallo Kinder aufgepaßt, etwas für euch!
Sonntag nachmittag von 1/2 bis 1/5 Uhr
Extra Kinder- und Jugend-Vorstellung (Anschl. f. Erw.)
Kinderspielplan:
**Jacky, der tapfere
kleine Held.** „Auf afrikanischen
Jagdpfaden“
Schauspiel in 5 Akten. Großer Wild-West-Film
Erliebisse eines Waisenknaben u. seines klugen Hundes Queenie in 6 Akten.
Dazu: „Chaplin als Pfandleiher“ Amerikan. Grotteske in 2 Akten.
Sonntag nachmittag 1/2 bis 5 Uhr.

**Auf vielseitigen Wunsch
Bruchleidende**
Heilung ohne Operation ist möglich, mit meinem Bruchverbandapparat, ohne
Feder, ohne Gummiband, ohne Schenkelschienen (für alle Arten von Brü-
chen, wie Leisten, Schenkel-, Hüften, Knie-, Bauchbrüche), hält auch den schwe-
ren Bruch ohne lästigen Druck von unten nach oben sicher zurück. Tag und Nacht
tragbar, Mundwerden gänzlich ausgeschlossen. Sichere Hilfe, auch da, wo andere
Systeme versagen, auch für Kinder im jüngsten Alter. Vollste Garantie
für Vollform (Geld zurück).
Günstige Anerkennungen von gebildeten Personen werden vorgelegt, z. B.:
Frau J. B. in Lüdenscheid, Bruch geheilt.
Herr J. W. in Reumers, 78 Jahre alt, schwerer Bruch geheilt.
Herr D. A. in Rumburg, 78 Jahre alt, Doppelbruch geheilt.
Frau D. Sch. in Plauen, 87 Jahre alt, Doppelbruch geheilt usw.
Kostenlose Auskunft (auch für Damen durch Dame).
In Aue, Hotel Burg Wettin, Sonntag, den 18. Januar 11—2 Uhr
und Montag, den 19. Januar 9—2 Uhr.
Bitte genau auf meine Firma zu achten.
Fr. Jung, Lorsch in Hessen.

**Leere Weinflaschen
Neutuch
Neuweiß
Papier
Textilabfälle**
kauft zu Tagespreisen
**Diamant's
Robprodukt-Handlg.**
Aue, Bahnhofstraße 2.

Patentanwaltsbüro Sack,
Leipzig, Brühl 2.

**Berläume niemand
den billigen
Seifen-Einkauf.**
Solange Vorrat reicht gelten
die bekannt billigen Preise
Große Auswahl in
Zolletseifen, Savonbel,
Dellotrop, Weisses, Pfeffer,
Walgelbchen, 175 nur 50 Pf.
Buttermilchseife 1 Stück 20 Pf.
Bernhard Bang,
Seltengeschäft, Aue,
Kochstraße 3.

Anzugstoffe
Billigste Preise!
A. H. Streicher
Crimmitschau i. Sa.
Muster liegen aus und
Bestellungen werden
angenommen bei:
Herrn Schwammkrug,
Aue, Auerhammerstr. 18.

Be-
und auf
Das
ber auch
fol. Die
Dr.
Effen ar
gendes
hat auf
trauens
lung in
Berbienf
teressen
starken
recht. D
Welcher
Weschoff
Gegner
und mit
haltsemp
gehen ge
ther hat
Lassen u
Arbeits
zen gear
Wegabun
Interesse
freilich
fiskalisch
trag.
Dr.
ein gesch
die ihm
Reichst
er ist, w
sondern
Man
in Deut
gen mit
vollstän
ber Reg
doch in
b r o v i
märtigen
Wet
1879 in
Stratbr
Preußi
Bürper
in den
Schafstr
das' Met
schaft, im
Der
Sergts
len Frak
wurde er
dann Mit
deputier
vather M
Deutsch
Verdaberr
Di
Die d
threr gef
Beschl
billigt, d
trauend
Sie fre
Bedenk
Stellun